



Frieden durch Religion?

Das Spannungsverhältnis zwischen Religion und Politik

Dr. Markus A. Weingardt

Frieden durch Religion?

Das Spannungsverhältnis zwischen Religion und Politik

Dr. Markus A. Weingardt

Frieden durch Religion?

Das Spannungsverhältnis
zwischen Religion und Politik





© 2016 Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Str. 256
33311 Gütersloh

Verantwortlich: Yasemin El-Menouar
Lektorat: Gesine Bonnet, textnetzwerk, Wiesbaden
Satz: Ines Meyer, Gütersloh
Umschlagabbildung: Catherine Leblanc – byzance-photos.fr / Depositphotos

Inhalt

1 Einleitung: Ist Gott gefährlich?	7
2 Zum Konfliktpotenzial von Religionen	9
2.1 Interessen- versus Wertekonflikte	9
2.1.1 Interessenkonflikte	9
2.1.2 Wertekonflikte	11
2.1.3 Transformation von Konflikten	13
2.2 Ursachen der Instrumentalisierbarkeit von Religion in Konflikten	15
2.2.1 Theologische Grundlagen	15
2.2.2 Politische, kulturelle und psychologische Aspekte	16
2.2.3 Desorientierung und Problemlösungsdefizite	18
3 Zum Friedenspotenzial von Religionen	20
3.1 Beispiele religiös motivierter Friedensbeiträge	21
3.1.1 Internationale Ebene	21
3.1.2 Nationale Ebene	26
3.2 Charakteristika erfolgreicher religiöser Friedens- akteure	29
4 Herausforderungen/Desiderate	33
4.1 Differenzierter Diskurs über Religion und Konflikt ..	34
4.2 Religion – Frieden – Integration: Beiträge gesellschaftspolitischer Akteure	39
4.2.1 Religionsgemeinschaften	39

4.2.2 Politik	46
4.2.3 Medien	49
4.2.4 Wissenschaft und Bildung	51
5 Zusammenfassung – Fazit – Ausblick	54
Literatur	60
Weitere Quellen	62
Autor	63
Executive Summary	64

1 Einleitung



Seit Jahren vermittelt die Berichterstattung über religiös aufgeladene Gewaltkonflikte und Terroranschläge ein überwiegend negatives Bild von Religionen. Und tatsächlich wird immer wieder im Namen irgendeiner Religion Gewalt angewandt: Ob die christliche Lord's Resistance Army in Uganda, der »Islamische Staat« (IS) in Syrien und Irak, Hindu-Nationalisten in Indien, nationalreligiöse jüdische Siedler in Israel/Palästina oder buddhistische Extremisten in Myanmar – jede Religion hat »Blut an den Händen«. Verstärkt wird dieser Eindruck durch politische, wissenschaftliche und publizistische Debatten um den »Clash of Civilizations« (Samuel Huntington 1993), die »Rückkehr der Religion« (Martin Riesebrodt 2001) oder »die Globalisierung religiöser Gewalt« (Mark Juergensmeyer 2009). Die eingängige Botschaft lautet: Religionen sind gewaltträchtig, verschärfen Konflikte, schüren Gewalt, verhindern Frieden – kurzum, wie der Soziologe Ulrich Beck zusammenfasst: »Gott ist gefährlich!« (Beck 2007).

Darum verwundert es nicht, dass viele Menschen der Meinung sind, die Welt wäre friedlicher ohne Religionen. So träumt auch der britische Erfolgsautor Ian McEwan von einer Welt ganz ohne Religion. Das, so McEwan, wäre dann »eine Welt voller Demut vor der Heiligkeit des Lebens«; die Religionen hingegen stünden stets »im Zentrum der großen Konflikte unserer Zeit« (McEwan 2006). Und die frühere US-Außenministerin Madeleine Albright (2006) bekräftigt, Religionen seien ein »ewiger Quell von Hass und Konflikt«, gerade in der Politik. Nein, die Religionen genießen wahrlich nicht den Ruf geeigneter Friedensstifter.

Dabei haben doch alle großen Religionen den Anspruch, friedlich zu sein, ja sie erheben den Wunsch nach Frieden auf Erden sogar zu

ihrem Grundthema. Mahatma Gandhi, Martin Luther King oder der gegenwärtige Dalai Lama stehen dafür, sind weltbekannt. Sie zeigen: Nicht allein auf lokaler Ebene oder in sozialen Konflikten, sondern auch in Kriegen und Bürgerkriegen, unter Diktaturen oder Besatzungen haben sich religiöse Akteure gegen Gewalt gestellt, Eskalationen verhindert oder aktiv Konflikte beigelegt – wie im Weiteren zu sehen sein wird.

Das überwiegend negative Bild von Religionen, das die Medien vermitteln, ist daher einseitig und spiegelt nicht die Vielfalt religiöser Einflüsse in der politischen Welt. Gleichwohl müssen wir uns zunächst mit dem Phänomen religiös geprägter und begründeter *Gewalt* auseinandersetzen, zumal diese Gewalt oder deren Folgen längst alle nationalen Grenzen überwinden. Die Terroranschläge von Paris (Januar und November 2015) und Brüssel (März 2016) führten dies ebenso deutlich vor Augen wie die Menschenmassen, die vor IS-Terror und Bombardements in Syrien nach Europa fliehen. Österreich, Deutschland und andere Länder stehen vor erheblichen Herausforderungen und innergesellschaftlichen Zerreißproben.

Woher aber kommt diese Verbindung von Religion und Gewalt, die uns in den Medien so häufig begegnet? Sind Religionen aufgrund ihres Wahrheitsanspruchs genuin gewaltträchtig? Bergen sie, trotz allen humanen Anscheins, »stets einen totalitären Kern« (Beck 2007)? Oder werden Religionen »nur« instrumentalisiert, missbraucht? Wenn Religionen aber auch zum Frieden beitragen können: Wie geschieht dies, wie kann es gefördert werden?

Um die *Friedensbeiträge* religiöser Akteure zu erörtern ist es hilfreich, zunächst zu betrachten, welche Rolle Religionen in *Konflikten* zukommt. Um dies zu erfassen, gilt es wiederum zu verstehen, wie Konflikte funktionieren, welche *Konfliktmechanismen* und *inneren Logiken* dabei zum Tragen kommen und welche Konsequenzen dies nach sich zieht.

2 Zum Konfliktpotenzial von Religionen



2.1 Interessen- versus Wertekonflikte

Der Begriff »Konflikt« leitet sich vom lateinischen »confligere« her und bedeutet »zusammenstoßen«, »zusammenprallen«. Gemeint ist damit, dass bestimmte An- oder Absichten von zwei oder mehr Parteien aufeinanderprallen. Dabei kann sich die Auseinandersetzung daran entzünden, dass die beteiligten Parteien unterschiedliche, nicht miteinander vereinbare Ziele verfolgen, oder aber um dasselbe Ziel ringen, sich aber nur *eine* Seite durchsetzen kann. Je nach Konfliktgegenstand unterscheidet die Forschung im Wesentlichen zwischen *Interessenkonflikten* und *Wertekonflikten* (vgl. Rittberger, Hasenclever 2005).

2.1.1 Interessenkonflikte

Interessenkonflikte drehen sich primär um die Verteilung »knapper Güter« und die Sicherung des Zugangs zu ihnen. Dies gilt für materielle Ressourcen wie Wasser oder Land, aber auch für existenzielle Bedürfnisse des Lebens (Einkommen und Perspektive, Entfaltungsmöglichkeiten, Sicherheit etc.) oder für Machtpositionen (z. B. politische Ämter). Solche Interessenkonflikte werden gemeinhin auf drei Arten bearbeitet:

A Das sogenannte »Recht des Stärkeren«: Trotz seiner steinzeitlichen Wurzeln erfreut sich dieser Ansatz auch heute noch großer Beliebtheit, in zwischenmenschlichen ebenso wie in politischen Streitigkeiten. Er besagt, dass eine Konfliktpartei aufgrund materieller, finanzieller, politischer oder militärischer Mittel derart überlegen ist, dass sie ihre Anliegen gegenüber anderen Parteien durchsetzen kann. Tatsächlich handelt es sich also nicht um ein Recht, sondern schlicht um die »Macht des Stärkeren«. Eine solche »Konfliktlösung« ist freilich weder konstruktiv noch nachhaltig: Während sich die obersiegende Partei darin bestätigt fühlt, dass allein ihre Stärke den Sieg gebracht habe, lernt die unterlegene Partei, dass sie beim nächsten Zusammenprall besser (aus)gerüstet sein muss, um eine Niederlage zu verhindern. Es ist genau diese Denk- und Handlungsweise, die seit Jahrtausenden und bis in heutige Zeit die weltweiten Gewalt- und Rüstungsspiralen befeuert und damit immer neue Gewaltkonflikte provoziert.

B Deutlich zivilisierter als das »Recht des Stärkeren« ist die »Stärke des Rechts« als Methode der Konfliktbearbeitung: Die Streitenden rufen ein Gericht an, um entscheiden zu lassen, wer im Recht sei und also einen rechtmäßigen Anspruch geltend machen darf. Dieses Gericht muss dann nicht nur Recht sprechen, sondern auch die Durchsetzung dieses Rechts sicherstellen, im äußersten Fall mit der Androhung und Anwendung von Gewalt. Schwäche dieser Methode ist jedoch, dass sie ein funktionierendes und von allen Streitgegnern anerkanntes System der Rechtsstaatlichkeit voraussetzt, also etwa gerechte Gesetze, unabhängige Richter und einen ungehinderten Zugang zu den Gerichten; Voraussetzungen, die in weiten Teilen der Welt so nicht gegeben sind. In internationalen Konflikten wird die Frage allseits anerkannter Gerichte und Gerichtsentscheide noch problematischer. Da solche Gerichtshöfe in der Regel nicht über das nötige Sanktionsinstrumentarium verfügen, um den Richterspruch durchzusetzen, kann sich eine unterlegene Partei leicht einem unliebsamen Urteil widersetzen. Die gute Idee der »Stärke des Rechts« hat in der internationalen Praxis also deutliche Schwächen.

C Die konstruktivste Art der Konfliktbearbeitung ist selbstverständlich das Gespräch, die Verständigung auf einen Kompromiss hin. Leider glauben Konfliktparteien in politischen Auseinandersetzungen allzu oft, durch militärische Drohung und schließlich Gewalt den Erfolg erzwingen zu können. Sie lassen sich erst auf Verhandlungen ein, wenn ein militärischer Sieg wider Erwarten unerreichbar scheint. Oft haben dann bereits tausende Menschen ihr Leben verloren, sind Städte in Schutt und Asche gelegt und ist Misstrauen gewachsen, das mitunter über Generationen hinweg anhält. Zahllose Gewaltkonflikte in Geschichte und Gegenwart legen davon beredtes Zeugnis ab.

Sofern es sich trotz der Gewalteskalation immer noch um einen *Interessenkonflikt* handelt, bleibt jedoch die prinzipielle Möglichkeit, durch Gespräche zu einer Verständigung zu kommen. Das ist der Vorteil von Interessenkonflikten, dass selbst nach dem Ausbruch von Gewalt noch eine Beilegung durch Kompromisse, durch Zugeständnisse und Interessenausgleich, möglich ist. Sehr viel schwieriger ist dies hingegen in Wertekonflikten.

»Wertekonflikte sind so genannte »unteilbare Konflikte«, denn sie zielen auf das »GANZE«.



2.1.2 Wertekonflikte

In Wertekonflikten geht es nicht um die Verteilung knapper Güter, um Ressourcenzugang oder Machtpositionen, sondern um ethische und ideologische Grundlagen: Es geht um Ideen, Haltungen, Wahrheiten. Es geht um Weltanschauungen, moralische Überzeugungen, um Herrschafts- und Gesellschaftsmodelle, um legitime Rechtsquellen. Es geht um Werte, und damit auch um Kultur, Tradition, Erziehung – um all das also, was subjektiv wichtig und maßgebend ist, was eine Person, Gruppe, Ethnie oder Nation im Kern ausmacht: es geht um Identität. Wertekonflikte sind so genannte »unteilbare Konflikte«, denn bei ihnen geht es »ums Ganze«. Hier sind Kompromisse natur-

gemäß sehr viel schwieriger: Die Anerkennung universaler Menschenrechte verträgt sich nicht mit der Diskriminierung von Frauen, Schwarzen oder Homosexuellen. Es gibt keine Demokratie ohne Gewaltenteilung. Es herrscht kein allgemeines Recht auf Bildung, wenn die finanziellen Hürden so hoch sind, dass nur ein kleiner Teil der Allgemeinheit dieses tatsächlich in Anspruch nehmen kann.

In solchen Fragen gibt es nur entweder – oder, ganz oder gar nicht; Kompromisse gelten als Verwässerung, wenn nicht als Verrat an der guten Sache, an der Wahrheit.

In Wertkonflikten sind drei folgenreiche Effekte zu beobachten:

A *In Wertekonflikten sind Menschen leichter zu mobilisieren, sind einsatzbereiter.* Wir kennen diesen Effekt aus vielen Kommunen: Wird irgendwo ein Haus gebaut, so interessiert dies in der Regel nur die unmittelbare Nachbarschaft; handelt es sich bei diesem Gebäude jedoch um eine Moschee, so gehen plötzlich Menschen auf die Straßen, die vielleicht gar nichts mit Religionen zu tun haben (wollen), doch fühlen sie sich durch das religiöse Bauvorhaben in ihrer kulturellen Identität in Frage gestellt und angegriffen. Nun streiten Personen zusammen für oder gegen eine Sache, die außer dem gemeinsamen Gegner möglicherweise gar nichts verbindet; nun aber werden alle Unterschiede überwunden, die Reihen schließen sich für den gemeinsamen Kampf, der Zusammenhalt und die Einsatzbereitschaft sind groß.

B *In Wertekonflikten steigt die Gewaltbereitschaft.* Um Menschen zu Gewalthandeln zu motivieren, bedarf es stets besonders starker Argumente und einer überzeugenden Legitimation. Das Ringen um materielle Interessen ist für viele noch keine hinreichende Rechtfertigung, dafür auch zur Waffe zu greifen. Die Bedrohung der eigenen Werte und der eigenen Identität hingegen senkt die Hemmschwelle. Müssen die über Jahrhunderte erkämpften »abendländischen Werte« – Demokratie, Menschenrechte, Gleichberechtigung, individuelle Freiheiten und vieles mehr – nicht unter allen Umständen verteidigt werden? Ist dafür, natürlich nur als Ultima Ratio, nicht auch Gewalt

gerechtfertigt? So argumentieren freilich auch jene, die ganz andere Werte für schützenswert halten, etwa die »Reinheit« der eigenen »Rasse« oder ein starres Gesellschaftssystem, in dem es keine soziale Vermischung geben darf.

C *In Wertekonflikten steigt die Opferbereitschaft.* In Interessenkonflikten wägen die Betroffenen nach Kosten und Nutzen, nach Risiken und Chancen ab. Übersteigt das Risiko des Verlustes deutlich die Chance auf Gewinn, schrecken viele vor einem (fortgesetzten) Kampf zurück. In Wertekonflikten hingegen ist diese »rote Linie« aufgehoben oder doch sehr weit nach oben verschoben. Da es »ums Ganze« geht, ist auch alles gefordert. Eine Niederlage würde die eigene Identität, die ideelle Lebensgrundlage und Existenz gefährden. Um das zu verhindern, ist kein Opfer zu groß, bis hin zur Hingabe des eigenen Lebens.

Die Natur von Wertekonflikten führt über die beschriebenen Mechanismen also dazu, dass die Anhänger einer Konfliktpartei eng zusammenstehen und sich mit aller Kraft in den Kampf begeben. Ihre Entschlossenheit, ihre Einsatz-, Gewalt- und Opferbereitschaft *steigern mithin die Siegchancen* in einer Auseinandersetzung ganz erheblich. Konfliktparteien, deren Anhänger ihren Kampf als einen Wertekonflikt betrachten, haben folglich signifikant bessere Erfolgsaussichten als Parteien, die nach eigenem Verständnis primär einen Interessenkonflikt austragen und deren Anhänger entsprechend begrenztes Engagement einbringen.

2.1.3 Transformation von Konflikten

Diesen Effekt in Wertekonflikten – erhöhte Siegchancen durch höhere Einsatz-, Gewalt- und Opferbereitschaft – haben die Mächtigen und Herrschenden schon vor Jahrhunderten erkannt. Und darum sind sie heute wie damals darum bemüht, Interessenkonflikte bewusst ideologisch aufzuladen und in *Wertekonflikte zu transformieren*.

Zum Zweck einer solchen Transformation bieten sich zunächst *säkulare Ideologien* an. Ob Nationalismus oder Ethnizismus, Kommunismus oder Nationalsozialismus – sie alle sind geeignet, Anhänger auf eine »höhere« Idee einzuschwören, die weit über bloß materielle Interessen und menschliche Wünsche erhaben ist. Auch aktuelle westliche Militäreinsätze etwa im Mittleren Osten werden von offizieller Seite nicht mit wirtschaftlichen Interessen begründet, sondern als »responsibility to protect« oder »humanitäre Intervention« deklariert: Um Humanismus also geht es, um Brunnenbau und Mädchenschulen, um Freiheit, Menschenrechte und Demokratie, und nicht etwa um geostrategische Machtpolitik oder ökonomische Anliegen. Es geht um Werte, so lautet die Botschaft, nicht um Interessen (vgl. Kennedy 2016).

Eine besonders wirksame Methode der Transformation von Interessenkonflikten ist jedoch die *religiöse* Aufladung. Wenn es gelingt, eine (Interessen-) Auseinandersetzung in einen religiös geprägten Konflikt zu verwandeln, erzielt man einen doppelten Effekt. Denn es geht nunmehr nicht alleine um Werte, also um ethische Fragen von richtig und falsch. Nun, da ein Gott Einzug hielt, geht es vielmehr um einen Kampf von *Gut und Böse*: ein Kampf *des* Guten gegen *das* Böse, ein Kampf *der* Guten (»wir«) gegen *die* Bösen (»die anderen«). Das Gute aber muss mit aller Kraft verteidigt, das Böse hingegen mit aller Kraft bekämpft werden. Dieser »heilige« Zweck heiligt alle Mittel. Gewalt ist in diesem Kampf nicht nur legitim, sie ist sogar geboten. Nicht Gewalt, sondern Gewaltlosigkeit wird zur Sünde, zum Verrat an Gott, und Gewalt, so brutal und menschenverachtend sie sein mag, wird als eine Form von »Gottesdienst« betrachtet (vgl. Kippenberg 2008). Die höchste Stufe eines solchen Dienstes für Gott ist nach diesem Verständnis, im Selbstmordattentat das eigene Leben zu geben und dabei möglichst viele Anhänger des »Bösen« in den Tod zu reißen.

2.2 Ursachen der Instrumentalisierbarkeit von Religion in Konflikten

Die häufig unheilvolle Rolle von Religionen in Konflikten ist also nicht in einer genuinen Aggressions- oder Gewaltneigung der Religionen selbst begründet, sondern in der Logik klassischer Konfliktmechanismen: Religionen erweisen sich bei der Transformation von Interessen- in Wertkonflikte als effektivstes Mittel und werden deswegen von Anführern zur Steigerung ihrer Erfolgsaussichten auch so eingesetzt. Insofern ist es auch naiv zu glauben, die Welt wäre ohne Religionen friedlicher. Gäbe es die Religionen nicht, so würde die Transformation in Wertekonflikte eben durch säkulare Ideologien erfolgen. Deren zerstörerische Kraft steht jener durch religiöse Aufladung jedoch in nichts nach, ganz im Gegenteil: Nicht im Namen einer Religion sondern im Namen des »Führers«, des Kommunismus, der Nation oder der Ethnie starben im 20. Jahrhundert weit über 100 Millionen Menschen auf grausamste Weise – während des »Dritten Reiches«, unter Stalin, in Kambodscha und Vietnam, im Kongo oder Ruanda und in vielen weiteren Kriegen und Bürgerkriegen.

Religionen sind also keineswegs notwendig, um Kriege zu führen oder zu rechtfertigen. Und doch ist unbestreitbar, dass *auch* durch Religionen Gewalt und Konflikte erheblich verschärft werden können. Aber warum und wodurch ist es möglich, dass Religionen auf diese Weise benutzt und instrumentalisiert werden?

»Religionen erweisen sich bei der Transformation von INTERESSEN- in WERTKONFLIKTE als effektivstes Mittel.«



2.2.1 Theologische Grundlagen

Religiöse Schriften aller großen Religionen enthalten einzelne Verse oder ganze Texte, in denen Gewalt von Gott angeordnet oder gar selbst ausgeübt wird oder in anderer Weise positiv konnotiert ist. Auf

solche Überlieferungen religiös legitimierter Gewalt können Konfliktführer verweisen und zurückgreifen. Was damals richtig war, so können sie argumentieren, kann heute nicht falsch sein; was ein ewiger Gott gebietet, verliert auch über Jahrtausende nichts an Gültigkeit. So reklamieren sie für sich das einzig wahre – nämlich wortgetreue – Schriftverständnis. Dass ein solcher Rekurs voraussetzt, den geschichtlichen, theologischen und (religions-)politischen Kontext solcher Texte oder auch widersprechende Überlieferungen in denselben Schriften zu ignorieren, tut der Instrumentalisierbarkeit zunächst aber keinen Abbruch. Solange die angesprochenen Anhänger nicht ausreichend religiös gebildet sind, um solche Argumente kritisch zu hinterfragen, oder aber bereits theologisch »auf Kurs« (gebracht) sind, bleibt der Rückgriff auf religiöse Schriften immer und in allen Religionen ein starkes Legitimationsinstrument.

2.2.2 Politische, kulturelle und psychologische Aspekte

Auf dem Boden gewaltbejahender religiöser Überlieferungen bzw. Interpretationen gedeihen überdies Kombinationen mit kulturellen, politischen und psychologischen Aspekten, die eine religiöse Rechtfertigung von Gewalt begünstigen. So kann sich in Gesellschaften etwa eine Kultur der Gewalt bzw. Gewaltakzeptanz entwickeln, die von religiösen Autoritäten mitgetragen oder zumindest nicht in Frage gestellt wird. Beispielsweise wurde die deutsch-österreichische Kriegsbegeisterung der beiden Weltkriege von der Mehrheit der Christen und kirchlichen Würdenträger geteilt und geschürt; nur verschwindende Minderheiten sahen darin einen Widerspruch zu ihrer religiösen Überzeugung. Auch heute noch kommt es vor, dass Geistliche wie selbstverständlich Waffen und Soldaten segnen oder Gewalt als gerecht, gottgewollt, gar »heilig« propagieren.

In anderen Gesellschaften wiederum kann religiösen Autoritäten qua Amt unmittelbare politische Macht zukommen, wie etwa im Iran. Doch auch wenn in vielen Ländern mittlerweile eine weitreichende *formale* Trennung von Staat und Religion verwirklicht wurde, haben

religiöse Würdenträger vielfach einen erheblichen politischen Einfluss – sei es auf politische Einstellungen in der Bevölkerung oder unmittelbar auf regierende Politiker. Durch persönliche oder institutionelle Verbindungen entsteht eine Nähe zur Macht, die einerseits Einflussnahme ermöglicht, andererseits die Kritikfähigkeit einschränkt. Es entsteht eine gefährliche Komplizenschaft zwischen »Thron und Altar«, die nicht selten dazu führt, dass religiöse Führer ein gewalttames Vorgehen der Mächtigen befördern, indem sie es politisch befürworten, moralisch relativieren oder religiös rechtfertigen. So waren und sind nicht wenige christliche Geistliche Befürworter der feudalherrschaftlichen Strukturen in weiten Teilen Lateinamerikas, anstatt sich zu Fürsprechern der armen und unterdrückten Bevölkerung zu machen. Ebenso waren Kirchenvertreter verschiedener Konfessionen aufs Engste mit dem politischen Machtapparat in Ruanda verflochten und erkannten nicht, dass die jahrelange Hasspropaganda auf den Genozid von 1994 hinsteuerte, oder sie beteiligten sich sogar an der Gewalt, der mindestens 800.000 Tutsis und gemäßigte Hutus zum Opfer fielen. In Myanmar oder Sri Lanka sind – auf Initiative oder mit Unterstützung eines Teils der im Volk hoch angesehenen Mönche – buddhistisch-nationalistische Bewegungen entstanden, die tödliche Pogrome an den christlichen oder muslimischen Minderheiten verüben. Gerade religiöse Autoritäten tragen also eine Verantwortung dafür, ob sich in einer Gesellschaft eine Gewaltkultur etabliert, in der gefördert oder zumindest hingenommen wird, dass Menschen aus religiösen, ethnischen oder anderen Gründen unterdrückt und getötet werden.

Schließlich bilden religiöse Gewaltüberlieferungen auch den Nährboden für (individuelle) psychologische Gewaltneigungen. Im Gefühl einer göttlichen Berufung etwa zur »Bestrafung« Andersgläubiger, zur Rettung des eigenen Volkes oder in der Aussicht auf ewiges Leben im Paradies verüben Menschen beinahe wöchentlich Selbstmordattentate. Auch wenn es sich dabei in den letzten Jahren meist um Muslime handelt (auch bei den Opfern!), so ist dies weder eine neuzeitliche noch eine islamische Idee; es gibt dieses Phänomen schon seit Jahrhunderten, in allen Weltreligionen wie auch in nicht-religiösen Ideologien (vgl. Frühbauer 2016).

2.2.3 Desorientierung und Problemlösungsdefizite

In krisengefährdeten Entwicklungs- und Schwellenländern sind häufig Modernisierungskonflikte zu beobachten, die sozioökonomische Schief lagen produzieren: Traditionelle Werte und Strukturen werden in Frage gestellt, doch haben sich neue Werte noch nicht etabliert und bewährt; vor allem junge Menschen streben nach beruflicher Verwirklichung und Aufstieg, doch Misswirtschaft und Korruption rauben ihnen jegliche Perspektiven; ideelle und materielle Grundlagen erodieren, die Kluft zwischen Arm und Reich wächst. Dies provoziert in doppelter Hinsicht das Erstarken religiöser Akteure: Zum einen wächst in solchen unsicheren Übergangsphasen die politische und ethische Desorientierung der Menschen; individuell wie kollektiv sind sie auf der Suche nach Sinn und Halt – und damit besonders anfällig für einfache Erklärungen. Zum anderen erweisen sich die politischen Eliten oder Systeme häufig als unfähig, aufkommende Probleme und Konflikte zu bewältigen; das verstärkt die Instabilität des Systems und das Gefühl der Unsicherheit.

In dieses Vakuum, entstanden aus Desorientierung und fehlender Problemlösefähigkeit, stoßen dann religiöse Akteure, die die Gelegenheit bzw. die – politisch, moralisch oder religiös begründete – Notwendigkeit sehen, politische Prozesse und gesellschaftliche Verhältnisse in ihrem Sinne und nach ihren Werten zu gestalten. Dabei können die religiösen Heilslehren ebenso im Gewand quietistischer, moralorientierter Sekten auftreten wie in Form einer »Rückbesinnung« auf althergebrachte Lehren und Traditionen, die dann in radikal-fundamentalistische Bewegungen münden kann. Gemeinsam ist ihnen, dass aus den religiösen Quellen meist simple Antworten auf komplexe Fragen und schlichte Rezepte für politische, gesellschaftliche oder persönliche Probleme hergeleitet werden. Gleichwohl finden sie damit vielfach erhebliche Unterstützung in der Bevölkerung. Im Gegensatz zu den politischen Führern genießen religiöse Akteure also offenbar ein gewisses Maß an Vertrauen und Glaubwürdigkeit, auch in politischen und wirtschaftlichen Fragen. Die Unterstützung, die sie erfahren, fußt allerdings nicht unbedingt in tiefer religiöser

Überzeugung, sondern (auch) in der verzweifelten Hoffnung auf eine Verbesserung der sozioökonomischen wie individuellen Lebensbedingungen.

Diese Beobachtungen werden vom aktuellen *Transformation Index* der Bertelsmann Stiftung (BTI 2016), einer international vergleichenden Studie zu den Veränderungsprozessen in Entwicklungs- und Transformationsländern, bestätigt. Darin wird zum einen ein wachsender Einfluss religiöser Dogmen und Institutionen auf politische Institutionen und Entscheidungsfindungsprozesse beobachtet, und zum anderen festgestellt, dass »gesellschaftliche Auseinandersetzungen zunehmend entlang religiöser Konfliktlinien ausgetragen (werden)« (Bertelsmann 2016b: 2). Es kann nicht verwundern, dass das Erstarken von Religion nicht nur Menschen und Gruppen prägt, sondern auch gesellschaftliche Trennlinien und Konflikte. Der wachsende religiöse Einfluss ist jedoch nicht die *Ursache* der Konflikte, sondern seinerseits eine *Reaktion* auf das Versagen des Staates und politischer Problem- bzw. Konfliktbearbeitungsmechanismen. So stellt der BTI 2016 fest: »Keine andere politische Gestaltungsleistung hat im globalen Durchschnitt in den vergangenen zehn Jahren eine solche Qualitätseinbuße erlebt wie die Fähigkeit zu effektivem Konfliktmanagement.« (ebd.: 10) Die Regierungen der allermeisten untersuchten Länder seien »nur sehr eingeschränkt bereit und in der Lage, Maßnahmen gegen Korruption einzuführen, oder scheiter(n) komplett in der Korruptionsbekämpfung« (ebd.: 7). Selbst in Ländern mit relativem Wirtschaftswachstum erlebt die Bevölkerung keinerlei Verbesserung ihrer Lebensumstände, stattdessen zunehmende Repressionen, Einschränkungen demokratischer und Freiheitsrechte, Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Sie erfahren auf politischer Seite weder Dialogbereitschaft noch Problemlösungskompetenz, verlieren Hoffnung und Zutrauen in die Politik. Daher ist es nachvollziehbar, dass sie offen sind für religiöse Lehren, Führer oder Bewegungen, die sowohl Orientierung und Halt als auch die Aussicht auf ein besseres Leben versprechen.

3 Zum Friedenspotenzial von Religionen

Um das Problem wachsender religiöser Einflussnahme zu lösen, müssen zunächst deren Ursachen im politischen und wirtschaftlichen Bereich bekämpft werden. Sofern die betroffenen Regierungen dazu nicht selbst willens oder fähig sind, kann das Ausland durch Unterstützung oder Sanktionen eingreifen. Doch folgt man den BTIs der letzten zehn Jahre, sind hierbei offenbar Korrekturen nötig, da die bisherige Entwicklungs- und Sanktionspolitik der Geberländer weder zu prosperierenden Volkswirtschaften führte noch die zunehmende Entdemokratisierung und Menschenrechtsbeugung in immer mehr Ländern verhindern konnte.

Wenn die *politischen* Akteure in den betroffenen Ländern nicht oder kaum zu einer guten Regierungsführung zu bewegen sind, kann der Hebel auch bei den *religiösen* Akteuren angesetzt werden. Die Frage lautet dann nicht, wie sich der religiöse Einfluss zurückdrängen oder verhindern lässt, sondern wie er konstruktiv genutzt werden kann. Es gibt keinen Grund zu der Annahme, dass nur fundamentalistisch-destruktive religiöse Akteure Vertrauen bei den Menschen genießen. Im Gegenteil, wie viel mehr sollte das für Akteure gelten, die klare, aber konstruktive und uneigennützig Forderungen erheben und sich entsprechend in die Politik einbringen! Nicht als Ersatz für staatliches Handeln und nicht um den Staat aus seiner Verantwortung zu entlassen, aber durchaus als starke politische Kräfte, die die Regierungen zum Handeln bewegen können, zur Bekämpfung von Korruption, zu gerechteren Gesetzen und fairer Rechtsprechung, zu gleichen Bildungschancen, zu Sozialprogrammen und vielem mehr.

»Die Frage lautet nicht, wie sich der *religiöse* Einfluss zurückdrängen oder verhindern lässt, sondern wie er **KONSTRUKTIV GENUTZT** werden kann.« //

Wie erwähnt, enthalten die religiösen Schriften aller großen Religionen Gewalt befürwortende Texte, auf die Konfliktführer zur religiösen Legitimierung von Gewalt rekurrieren können. Allerdings enthalten *dieselben Schriften* auch zahlreiche Überlieferungen, in denen Gewalt verurteilt und abgelehnt wird, als Sünde und Schuld bezeichnet wird: Geschichten, in denen Gott *Gewaltlosigkeit* verlangt und praktiziert, Vergebung statt Vergeltung, Versöhnung statt Rache, Gnade statt »Recht«, Toleranz und Solidarität statt Ab- und Ausgrenzung; Geschichten, in denen die traditionellen Konfliktmechanismen von Gewalt und Gegengewalt durchbrochen werden (vgl. Weingardt 2015). Und auch wenn, wie eingangs beschrieben, die Religionen nicht im Ruf besonderer Friedensstifter stehen, so sind diese Friedensüberlieferungen doch für die ganz überwältigende Mehrheit aller religiösen Menschen die Richtschnur ihres Handelns. Obschon die Berichterstattung von Gewalt dominiert wird, bestimmt *Gewaltlosigkeit* das alltägliche Zusammenleben, auch zwischen Angehörigen verschiedener Religionen und Konfessionen. Bei allem nötigen Engagement gegen religiösen Extremismus sollte dies nicht in Vergessenheit geraten.

Wo aber sind diese politisch gemäßigten religiösen Kräfte, die sich für Frieden und Gerechtigkeit, wirtschaftliche Entwicklung und soziale Teilhabe einsetzen? Warum hört man so wenig von ihnen?

3.1 Beispiele religiös motivierter Friedensbeiträge

3.1.1 Internationale Ebene

Den friedensorientierten religiösen Überlieferungen ist es geschuldet, dass die zentrale *theologische* Bedeutung des Friedens in keiner

Religion in Frage gestellt wird. Mag auch über den *Weg zum Frieden* und die Frage der Gewaltlegitimität *auf* diesem Weg gestritten werden, so sind doch Gerechtigkeit und Frieden als Ziel, als religiöser Kern oder Wesenszug des Göttlichen unbestritten.

Bemerkenswerterweise waren die bis heute weltweit berühmtesten Friedensstifter – Mahatma Gandhi und Martin Luther King – nicht nur hoch politische Akteure, sondern zugleich tief religiöse Persönlichkeiten. Beides, der Glaube und die Tat, gehörte für sie zwingend zusammen: theologisch, politisch und praktisch war das eine nicht ohne das andere zu denken. In dieser Überzeugung sind sie zwar die bekanntesten, aber keineswegs die einzigen Beispiele für religiös motivierte Friedensstifter. Sie haben zahllose Schwestern und Brüder in allen Religionen, die sich in gleicher bewundernswerter Weise für Frieden und Versöhnung, Gewaltlosigkeit und Gerechtigkeit einsetzten und bis heute einsetzen: Dezidiert religiöse Akteure, die signifikant zur *Deeskalation* von Konflikten und zur *Vermeidung* von Gewalt beitrugen – auf lokaler oder internationaler Ebene, alleine oder mit anderen, in kleinen Initiativen oder Massenbewegungen, in Kriegen und Bürgerkriegen, in Diktaturen oder unter Besatzungsregimes:

- Im bürgerkriegsgeschüttelten Mosambik vermittelte die katholische Laienbewegung *Sant’Egidio* zusammen mit Bischof Goncalves 1992 im Zenit des Bürgerkrieges ein dauerhaft stabiles Friedensabkommen. Zuvor war ein Vermittlungsversuch der UNO gescheitert, die Situation schien hoffnungslos. Auch in Guinea/Conakry handelte Sant’Egidio 2010 ein Friedensabkommen aus, das den Weg für die ersten demokratischen Wahlen nach 50 Jahren ebnete.
- Dass der Systemwandel zur Demokratie in Benin 1989/90 gewaltlos verlief, ist in erster Linie Bischof Isidore de Souza zu verdanken. Er initiierte im Februar 1990 die *Conférence Nationale des Forces Vives de la Nation* mit fast 500 Delegierten aus allen maßgeblichen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen des

Landes. Unter seiner Leitung gelang es dieser Nationalkonferenz in wenigen Tagen, sich auf zentrale demokratische und wirtschaftliche Reformen zu verständigen und alle Kräfte auf einen Gewaltverzicht zu verpflichten. Später stand Isidore de Souza – zwar gegen geltendes katholisches Kirchenrecht, doch (ausnahmsweise) mit Zustimmung des Papstes – auch der Übergangsregierung und schließlich dem gesetzgebenden *Haut Conseil de la République* vor. Durch die hauptamtliche Übernahme dieser hochrangigen politischen Funktionen konnte de Souza unmittelbar zwischen den Konfliktparteien vermitteln und integrieren und so den Systemwandel von Anfang an in friedliche Bahnen lenken, bevor er sich 1993 wieder auf sein geistliches Amt beschränkte.

- Die Protestbewegung in der DDR hätte sich ohne die Mitwirkung der *evangelischen Kirchen* kaum entwickeln können und die »friedliche Revolution« von 1989 wäre wohl nicht lange friedlich geblieben. Dabei wirkten Kirchenvertreter auf verschiedene Weise: Zum einen bot die Kirche ein Dach, unter dem unterschiedliche oppositionelle Menschen und Gruppen zusammenkommen konnten – ein Dach, zu dem es in der DDR keine Alternative gab. Zweitens waren kirchliche Vertreter oder Gruppen wichtige Motoren und Mitgestalter der Oppositionsbewegung. Drittens wirkten Kirchenvertreter als Vermittler zwischen Volk und Staatsgewalt, insbesondere im Herbst 1989, als eine gewaltsame Niederschlagung der Demonstrationen zu befürchten stand. Und viertens waren viele Pastoren und Pastorinnen an den »Runden Tischen« auf allen politischen Ebenen daran beteiligt, den Übergang 1989/90 zu gestalten, und nach der Wiedervereinigung in verschiedensten politischen Funktionen aktiv.
- Während des Genozids in Ruanda 1994, in dem (christliche) Hutus innerhalb von hundert Tagen über 800.000 (christliche) Tutsis niedermetzelten, widersetzte sich nur *eine* Bevölkerungsgruppe der Gewalt: die *ruandischen Moslems*. Sie erkannten schon sehr früh, wohin die politische Hass- und Gewaltpropaganda steuerte.

Mutig erhoben sie ihre Stimme dagegen, verurteilten die Gewalt als koranwidrig und legten an den muslimischen Schulen Programme auf, um Kinder und Jugendliche zu sensibilisieren und zu immunisieren gegen die Propaganda. Sie verweigerten sich der Gewalt und halfen Flüchtlingen – gleich welcher Religion oder Ethnie –, um den Todesschwadronen zu entkommen, versteckten sie, versorgten sie mit Lebensmitteln, stellten sich schützend vor sie, oft um den Preis des eigenen Lebens.

- Nach jahrzehntelangem Streit um den Grenzverlauf im Beagle-Kanal verhinderte *Papst Johannes Paul II.* 1978 in buchstäblich letzter Sekunde einen blutigen Krieg unkalkulierbaren Ausmaßes zwischen Chile und Argentinien. Sechs Jahre lang arbeiteten die päpstlichen Gesandten am letztlich erfolgreichen Abschluss eines »Friedens- und Freundschaftsvertrags« zwischen den Nachbarstaaten.
- Nach der Schreckensherrschaft von Pol Pot und den Roten Khmer in Kambodscha, der 2 Millionen Menschen – rund ein Viertel der Bevölkerung – zum Opfer gefallen waren, begann der buddhistische Mönch *Maha Ghosananda* 1979 eine Friedens- und Versöhnungsbewegung, die sich zu einer wichtigen Kraft und unüberhörbaren Stimme in Politik und Gesellschaft entwickelt hat.
- Die vom protestantischen Pastor Frank Buchman initiierte *Moralische Aufrüstung* (heute *Initiativen von Caux*) leistete in vielen Konflikten informelle Vermittlungsarbeit und sogenannte diplomatische »Gute Dienste«. Maßgeblich trug sie zur Verständigung und Versöhnung zwischen den einstigen Erbfeinden Deutschland und Frankreich nach dem Zweiten Weltkrieg bei, die zudem entscheidend von Kirchenvertretern auf beiden Seiten vorangebracht wurde.
- Im britisch besetzten Indien zur Zeit Gandhis war es der Moslem *Khan Abdul Ghaffar Khan*, der in der Nordwest-Grenzprovinz eine

streng islamische, doch ebenso streng gewaltlose und religiös tolerante Widerstandsbewegung aufbaute, die *Diener Gottes (Khidai Khitmatgaran)*. Ausgerechnet im Volk der Paschtunen, die für ihre Gewaltneigung berühmt und berüchtigt waren, entwickelte sich eine Opposition, die *friedlich* für ethnische Selbstbestimmung und ein einheitliches, multireligiöses Indien kämpfte. Für einige Jahre vollzog sich eine gesellschaftliche Transformation, die Gandhi staunend als »modernes Märchen« bezeichnete.

- Die weitgehend gewaltlose Überwindung der Unterdrückungsherrschaft des philippinischen Diktators Ferdinand Marcos war 1986 in erster Linie dem Engagement weiter *Teile der katholischen Kirche* zu verdanken. Vor allem Ordensleute und Priester in den Basisgemeinden überzeugten das Volk von einem gewaltlosen Vorgehen und legten den Grundstein für den Erfolg der »Rosenkranz-Revolution«.
- Schon im indisch-pakistanischen Grenzkonflikt in Kaschmir (1965/66) und im blutigen Bürgerkrieg in der nigerianischen Provinz Biafra (1967–70) waren Vertreter der historischen Friedenskirche der *Quäker* vermittelnd aktiv und sind dies bis heute in zahlreichen gewalttätigen Auseinandersetzungen – jedoch ganz bewusst hinter den Kulissen, abseits der medialen Aufmerksamkeit, in größter Diskretion.
- In Nicaragua, El Salvador, Guatemala und anderen lateinamerikanischen Staaten waren (besonders in den 1980er- und 1990er-Jahren) *einzelne katholische Bischöfe*, aber auch der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK), der Lutherische Weltbund und mennonitische Vermittler in vielfältiger und entscheidender Weise an der Überwindung von Gewaltkonflikten beteiligt.
- In Bosnien-Herzegowina und im Kosovo, in Liberia, Sierra Leone und anderen Ländern trugen nationale *Interreligious Councils* durch ganz unterschiedliche Aktivitäten zur konstruktiven und

friedlichen Bearbeitung von politischen Konflikten bei, initiiert zumeist von der interreligiösen Friedensorganisation *Religions for Peace* (früher *World Conference on Religion and Peace*). So ist dem Interreligiösen Rat von Bosnien-Herzegowina IRC-BiH das Kunststück gelungen, in Eigenregie einen Gesetzentwurf über Religionsfreiheit und das Verhältnis von Staat und Religion zu erarbeiten, den 2004 alle drei Ethnien bzw. Teilrepubliken mit einhelliger Zustimmung als Gesetz verabschiedet haben. Es darf angenommen werden, dass der Politik ein solches Projekt in dem ethnisch wie religiös hoch angespannten Kontext kaum (so reibungslos) gelungen wäre.

Dies sind nur wenige einer Vielzahl von Beispielen, die zeigen, wie durch das Eingreifen religionsbasierter Akteure Konflikte eingedämmt wurden, Gewalt überwunden und Versöhnung praktiziert wurde (ausführlicher Weingardt 2010). Natürlich waren religiös motivierte Männer und Frauen dabei nicht die einzigen Akteure und selten im Alleingang erfolgreich. Aber sie leisteten unverzichtbare Beiträge zur Deeskalation, die sonst niemand zu leisten im Stande oder willens war.

3.1.2 Nationale Ebene

»Frieden ist **KEIN ZUSTAND**, der, einmal erreicht, für *alle Zeit* Bestand hätte.«



Frieden ist selbstverständlich mehr als die Abwesenheit von militärischer Gewalt, wenngleich dies zu erreichen in vielen Ländern der größte Wunsch und wichtigste Schritt ist, um den Weg zu einem menschlichen Leben in Würde (wieder) zu beschreiten. Hierzulande herrscht zwar kein Krieg und keine Diktatur. Doch herrscht Frieden?

Frieden ist kein Zustand, der, einmal erreicht, für alle Zeit Bestand hätte. Frieden ist ein Prozess, ein Geschehen, eine immer-

während Herausforderung. Daher, so sagte Mahatma Gandhi, gibt es keinen Weg *zum* Frieden, Frieden ist der *Weg*. Dieser Weg sieht in Deutschland oder Österreich freilich anders aus als in Syrien oder Südsudan. Doch auch hier engagieren sich religiöse Akteure in ganz unterschiedlicher Weise für gewaltlose Konfliktbearbeitung, Menschenwürde und Menschenrechte:

- In Deutschland bietet die *Malteser Migranten Medizin* kostenlose und anonyme medizinische Nothilfe für Menschen ohne Krankenversicherung. Meist fehlt den Betroffenen ein legaler Aufenthaltsstatus, andere waren privat versichert und sind geschäftlich gescheitert. Doch verliert man dadurch sein Grundrecht »auf Leben und körperliche Unversehrtheit«, wie es Art. 2 des deutschen Grundgesetzes jedem Menschen bedingungslos zuschreibt? Dieses Menschenrecht zu erfüllen hilft die *Malteser Migranten Medizin*, ähnlich wie in Österreich der *Malteser Hospitaldienst*, der landesweit auf unterschiedliche Weise in der (nicht nur medizinischen) Flüchtlingshilfe engagiert ist.
- Ein Großteil der Flüchtlinge, die nach Deutschland und Österreich kommen, wird nach Prüfung des Asylantrags wieder abgeschoben. Vielen droht Leid und Elend, Haft oder Folter, die Konfrontation mit ihren einstigen Peinigern, die Wiederkehr alter Traumata, nicht selten auch der Tod. Letzte Hoffnung bietet mitunter ein *Kirchenasyl*, wenn sich eine Kirchengemeinde dazu bereit findet. Diese Schutzgewährung ist mit erheblichem Aufwand verbunden, erreicht aber in der Regel die Neuprüfung eines Antrags, meist mit positivem Ergebnis für die betroffenen Flüchtlinge. Dabei geht es den kirchlichen Akteuren nicht darum, staatliche Gesetze zu umgehen, sondern Fehlentscheidungen – vor denen die staatliche Bürokratie keineswegs gefeit ist – zu korrigieren.
- In den 1980er-Jahren hatte es im Konflikt um den Ausbau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens gewaltsame Zusammenstöße zwischen Demonstranten und Polizei mit zahlreichen

Verletzten und drei Toten gegeben. Als Ende der 1990er-Jahre ein erneuter Ausbau zur Diskussion stand, berief der damalige hessische Ministerpräsident Hans Eichel ein dreiköpfiges Mediationsteam, um eine friedliche Lösung zu finden. Diesem Team gehörte, neben einem Vertreter der Politik und der Wirtschaft, auch ein Vertreter der evangelischen Kirche an, namentlich der ehemalige »Startbahnpfarrer« Kurt Oeser. Er hatte sich in der Vergangenheit profunde Kenntnisse der Materie erworben und genoss als Pfarrer überdies großes Vertrauen sowohl bei Gegnern als auch bei Befürwortern des Ausbaus. Obwohl der Konflikt trotz des Mediationsverfahrens nicht gänzlich reibungslos verlief, konnten gewaltsame Auseinandersetzungen wie in den 1980er-Jahren diesmal verhindert werden.

- Ausländerfeindliches, antisemitisches und antiislamisches Gedankengut hat sich inzwischen in der Mitte der Gesellschaft breit gemacht. Mit vielfältigen Programmen gegen Rassismus und Rechtsradikalismus sowie mit unzähligen Dialogprojekten auf allen Ebenen versuchen Kirchen und andere Religionsgemeinschaften, dem entgegenzuwirken – sehr oft in Bündnissen mit anders- oder nichtreligiösen Institutionen. Denn Begegnung, Kennenlernen und Zusammenarbeit sind die besten Methoden, um Vorurteile abzubauen und das Fundament für ein friedliches Zusammenleben zu legen.
- Nicht zuletzt haben kirchliche Initiativen und Organisationen von Anfang an eine wichtige Rolle in den nationalen Friedensbewegungen gespielt. Sie leisten Informations- und Vernetzungsarbeit, Aufklärung und Friedensbildung, schaffen Öffentlichkeit und mediale Wahrnehmung. So hat die österreichische katholische Kirche bereits 1982 zu einer Friedenswallfahrt in Linz aufgerufen, an der rund 16.000 Menschen teilnahmen. Ein Jahr später sorgte der »Appell der österreichischen Bischöfe« für öffentliches Aufsehen und fand 140.000 Unterzeichner. Darin forderten die Bischöfe Politiker in Ost und West zur Abrüstung auf und verlangten ins-

besondere den Verzicht auf Massenvernichtungswaffen und Mittelstreckenraketen.

Mag die Friedensbewegung in Deutschland wie in Österreich heute auch nicht mehr die Stärke der 1970er- und 1980er-Jahre haben, so ist sie doch lebendig, wird von vielen Christinnen und Christen getragen und von den Kirchen unterstützt.

Dies sind nur wenige Beispiele hiesiger gesellschaftlicher Friedensaktivitäten, in denen religiöse Akteure mitwirken (ausführlicher Weingardt 2014). Selbstverständlich muss Frieden und Friedensarbeit hierzulande anders buchstabiert werden als in Kriegsgebieten; die Aufgabe wird dadurch aber nicht kleiner und nicht weniger wichtig.

3.2 Charakteristika erfolgreicher religiöser Friedensakteure

Das Friedenswirken religiöser Akteure ist empirisch nicht zu leugnen. Die dabei eingesetzten Methoden und Vorgehensweisen, die Maßnahmen und Wirkungsweisen, die Aktionsebenen und die Bedeutung religiöser Elemente im Vermittlungsprozess sind so vielfältig wie die Konflikte selbst. Auch die Vermittler sind höchst verschieden: Sie gehören unterschiedlichen Religionen und Konfessionen an, agieren als Einzelne oder in interreligiöser Zusammenarbeit, praktizieren verschiedene Formen von Religiosität bzw. Spiritualität und sind auch hinsichtlich institutioneller Verfasstheit, Bekanntheit, politischem Einfluss und Profil sowie in Bezug auf ihr Verhältnis zum Konflikt ausgesprochen divergent. Gleichwohl lassen sich in den Dutzenden untersuchter Fallstudien einige gemeinsame Merkmale bzw. Voraussetzungen erfolgreicher Friedensstifter identifizieren (ausführlicher Weingardt 2010: 394ff.).

Zunächst benötigt ein Vermittler in Konflikten fundierte *fachliche Qualifikationen*: Eine gute Kenntnis des Konflikts in seiner Breite und Tiefe und zugleich Kompetenzen in Methoden der konstruktiven, gewaltlosen Konfliktbearbeitung. Die Konfliktparteien müssen darauf vertrauen können, dass die Vermittler sowohl die Materie (Konflikt-

akteure, Hintergründe, Interessen etc.) kennen als auch ihr Handwerk beherrschen. Das sind Kompetenzen, die sich lernen lassen und auch gelernt werden *müssen*.

Die zweite Voraussetzung ist die *Glaubwürdigkeit* des Vermittlers, also die Übereinstimmung von Wort und Tat, von theologischem Anspruch und friedenspolitischer Wirksamkeit, von Forderungen an andere und eigenem politischen oder ökonomischen Handeln. Sie ist die Basis für das Vertrauen der Kontrahenten in die moralische Integrität der Vermittler, ob es sich nun um Einzelpersonen oder Institutionen handelt. Dabei bedeutet Glaubwürdigkeit nicht unbedingt politische Neutralität; mitunter sind Religionsgemeinschaften ja selbst Opfer und damit Konfliktpartei. Sie erfordert jedoch eine gewisse (innere) Unabhängigkeit von allen Konfliktparteien, wenn denn eine *vermittelnde* Rolle angestrebt wird. Interessanterweise stellt der BTI 2016 fest, dass sich gerade der Aspekt der Glaubwürdigkeit »besonders häufig verschlechtert hat« (Bertelsmann 2016b: 10). Was dort in Bezug auf die internationale Zusammenarbeit konstatiert wird, gilt ebenso für innenpolitische Akteure. Korruption, Vetternwirtschaft und Selbstbereicherung werden in der Regel jedoch nicht mit religiösen Friedensakteuren in Verbindung gebracht.

Eine dritte Voraussetzung ist die *Verbundenheit* des Vermittlers mit dem Konflikt und den davon Betroffenen. Die Menschen wollen das *Gefühl* haben, dass ein Friedensakteur ihre Situation, ihre Nöte, ihr Leid wirklich und innerlich begriffen hat; dass er sich auch bewusst ist, welche praktischen Konsequenzen mit der Forderung nach Gewaltlosigkeit oder bestimmten Lösungsvorschlägen verbunden sind. Das ist etwas anderes als (rationale) Fachqualifikation. Es geht vielmehr um Vertrauen in die »emotionale Konfliktkompetenz« der Friedensakteure.

Die drei genannten Voraussetzungen gelten im Prinzip ebenso für nichtreligiöse Friedensinitiativen, allerdings genießen religiöse Akteure im Vergleich zu säkularen Akteuren (von Ausnahmen abgesehen) vielfach einen *Vertrauensvorschuss*, auch über religiöse Grenzen hinweg. Dieses Vertrauen ist der Schlüssel zu erfolgreicher Konfliktvermittlung. Es kann buchstäblich Türen (zu Konfliktbeteiligten)

öffnen, Kontakte ermöglichen, und damit Handlungs- bzw. Verhandlungsspielräume eröffnen. Säkularen Akteuren – ob Politiker oder Nichtregierungsorganisation – bleibt diese Möglichkeit oftmals verschlossen, da in der Regel zunächst erhebliches Misstrauen an ihren wahren, vielleicht versteckten Interessen besteht, vor allem wenn sie aus dem Ausland kommen oder von dort finanziert werden. Diese Skepsis ist bei religiösen Akteuren nicht ausgeschaltet, aber wesentlich geringer – und wird aufgewogen von einem Vertrauensvorschuss. Er kennzeichnet das ganz spezifische Friedenspotenzial *religiöser* Akteure, wobei sie sich des vorab geschenkten Vertrauens im Verlauf der Verhandlungen auch würdig erweisen müssen.

Dieser Vertrauensvorschuss mag aus der Außenperspektive überraschen, wo doch im Namen von Religion täglich so viel Leid und Unheil angerichtet wird. Aus der Sicht der Anführer (aber auch der Anhänger) von Konfliktparteien ist diese Haltung jedoch verständlich, denn:

A Eine *religiöse* Motivation, Frieden zu stiften, ist *nachvollziehbar*, da Friedenswirken und Gewaltverneinung in allen religiösen Traditionen überliefert und bekannt sind. Selbst wenn Konfliktakteure die religiöse Überzeugung oder gar die Religionszugehörigkeit der Vermittler nicht teilen, so ist dieses Motiv prinzipiell nicht fremd, sondern verstehbar und akzeptabel, es weckt eher Vertrauen als Misstrauen.

B Religiöse Akteure gelten vielfach als unabhängig, uneigennützig und fair; sie verfolgen keine machtpolitischen oder ökonomischen Interessen. Doch gerade dieses positive Vorurteil muss in der Praxis permanent bestätigt werden; der leiseste Verdacht versteckter Eigeninteressen (etwa missionarischer Art) würde den Akteur als Vermittler sofort disqualifizieren.

C Religiöse Akteure gelten als kompetenter, gerade in Bezug auf tiefer liegende Konfliktdimensionen wie Schuld, Versöhnung, Reue, Schmerz, Ehre, Würde, auch Sünde und Vergebung. Das sind für

religiöse Akteure keine fremden Begriffe, sondern Phänomene, die ihnen aus der theologischen Beschäftigung wie auch aus der täglichen Arbeit vertraut sind. Sie haben daher ein stärker ausgeprägtes Sensorium für diese Aspekte als politische Akteure.

D Religiöse Akteure sind ungefährlich, da sie nicht mit politischem, wirtschaftlichem oder gar militärischem Druck und Zwang arbeiten, sondern allein auf ihre Überzeugungskraft – durch Wort und Tat – angewiesen sind. Im Falle eines Scheiterns von Verhandlungen müssen die Konfliktführer und -parteien keine negativen Konsequenzen fürchten (Sanktionen, Einstellung von Entwicklungshilfe etc.). Das erleichtert es ihnen erheblich, sich auf religiöse Gesprächsangebote oder Vermittlungen einzulassen, zumal wenn diese diskret geführt werden.

Daher entspringt der Vertrauensvorschuss für religiöse Akteure einer konfliktlogischen Rationalität der Beteiligten. Auch wenn sie ein ernsthaftes Interesse an der Beilegung eines Konfliktes haben, wird und muss es ihr Ziel sein, in Friedensverhandlungen keine unbe-rechenbaren Risiken einzugehen, um so die eigenen Interessen und die ihrer Anhänger möglichst zu wahren. Das Einlassen auf religiöse Vermittler und deren zwang- und gewaltlose Methoden birgt kaum Gefahren, verspricht aber erhebliche Chancen – sowohl für die Be- endigung eines Konflikts als auch für die Konfliktführer selbst.

*»Der Vertrauensvorschuss für religiöse Akteure
entspringt einer konfliktlogischen RATIONALITÄT der Beteiligten.«*



4 Herausforderungen/Desiderate

////////////////////////////////////

////////////////////////////////////

////////////////////////////////////

Wie zu sehen, gibt es neben religiös motivierten Gewaltakteuren eine Vielzahl religiöser Institutionen und Initiativen, die ein enormes Friedenspotenzial aufweisen: Sie haben Kompetenzen, Erfahrungen und Erfolge – und genießen Vertrauen in der Bevölkerung wie bei Konfliktführern, über nationale, kulturelle oder religiöse Grenzen hinweg. Das sind gute und notwendige Voraussetzungen, um weit mehr als bislang in Prozessen der inner- und zwischenstaatlichen Problemlösung bzw. Konfliktbearbeitung konstruktiv mitzuwirken. Um dies zu fördern, sollten zwei Herausforderungen angegangen werden:

- Zum einen muss der *Diskurs* über Religionen versachlicht und differenziert werden, um ein gesellschaftliches Klima zu stärken, in dem religiöse Friedenskräfte ihr friedenspolitisch-konstruktives Profil entwickeln und entfalten können, anstatt einen Gutteil ihrer Ressourcen zur Abgrenzung von radikalen Gruppierungen aufwenden zu müssen.
- Zum anderen sind maßgebliche gesellschaftliche *Akteure* gefordert, ihre jeweils verschiedenen Beiträge zur Stärkung religiöser Friedenskräfte zu leisten.

4.1 Differenzierter Diskurs über Religion und Konflikt

Der gesellschaftliche, politische, zum Teil theologische und publizistische Diskurs über Religion – nicht nur, aber insbesondere im Kontext von Krieg und Gewalt – wird häufig in einer Art und Weise geführt, die der Vielfalt des religiösen Lebens und der Komplexität religiöser Weltbilder nicht gerecht wird. Das bedient nicht nur Vorurteile und vermittelt Zerrbilder mit allen fatalen Folgen für die politische Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, in der Öffentlichkeit ebenso wie in der Politik. Ein solchermaßen – bewusst oder unbewusst – undifferenzierter Diskurs macht es zudem den konstruktiven religiösen Kräften schwer, sich gegen alle Ressentiments als konstruktive, demokratische und friedensorientierte Akteure zu profilieren. So sehen sich beispielsweise viele friedliebende Muslime einem Generalverdacht des religiösen Radikalismus, gar Terrorismus ausgesetzt; sie müssen sich permanent rechtfertigen und distanzieren, fühlen sich und ihre Religion nicht respektvoll behandelt – ein Effekt, der eine gute Integration erheblich erschwert.

Fünf »Hauptsünden« sind in diesem Diskurs über Religion im Zusammenhang mit Konflikt und Gewalt zu beobachten:

A Religionen werden als homogene Größe behandelt

Die Rede von »dem« Islam, »den« Juden oder »den« Kirchen vernachlässigt erstens die Vielfalt und Vielzahl unterschiedlicher Konfessionen, Gruppierungen und Strömungen innerhalb einer Religion. Diese sind ebenso in ihrer theologischen wie in ihrer politischen Ausrichtung ausgesprochen divergent. Durch die (sprachliche) Behandlung als monolithischer Block wird ein homogener und entsprechend bedrohlicher Machtakteur konstruiert, der nicht der Realität entspricht. Zweitens werden dadurch intrareligiöse Reformbewegungen ignoriert oder negiert. Es wird zum Beispiel missachtet, dass es auch innerhalb des Islams starke theologische Reformentwicklungen gibt oder dass nicht alle Pfingstkirchen unpolitisch oder konservativ sind. Drittens gründet ein solchermaßen simplifizierendes Religionsbild häufig auf nur rudimentären Religionskenntnissen, auf tradierten

Vorurteilen und Klischees, die sich auf diese Weise fort-, und gerade bei religiös Unkundigen, festsetzen. *Negative* Spezifika einer bestimmten religiösen Strömung – etwa das Burka-Gebot in salafistischen Gruppen – werden dann auf die gesamte Religion übertragen. Eine differenzierte Rede über Religion ist aber notwendig, um *gefährliche* Kräfte zu identifizieren, mehr noch aber, um *gemäßigt-konstruktive* Kräfte wahrzunehmen und als Friedenspartner in politische Prozesse einzubeziehen.

B *Vermischung von Religion und Kultur*

Zweifellos wird Kultur auch durch religiöse Traditionen und Werte geprägt. Damit ein Phänomen aber genuin einer Religion zugeschrieben werden kann, müsste es einerseits in allen Gesellschaften, in denen diese Religion gelebt wird, verbreitet, und andererseits in andersreligiösen Kulturen nicht vorhanden sein. So ist etwa die – zumeist dem Islam zugeschriebene – weibliche Genitalverstümmelung keineswegs auf religiöse Gebote zurückzuführen, da sie mitnichten in allen islamischen Kulturen üblich ist, zugleich aber auch in christlichen oder animistischen Volksgruppen Afrikas praktiziert wird. Auch sind die sexuellen Übergriffe der Neujahrsnacht 2016 in Köln nicht auf »typisch islamische« Männer- oder Frauenbilder zurückzuführen, da ähnliche gegen Frauen gerichtete Attacken bis hin zu Massenvergewaltigungen sowohl im hinduistischen Indien als auch in christlichen Gesellschaften (Brasilien, Mexiko, Balkan ...) vorkommen. Die Unterscheidung zwischen einerseits dezidiert religiösen und andererseits kulturellen, auch bildungsbedingten Prägungen ist aber wichtig, um Ressentiments und Ausgrenzung vorzubeugen, und zugleich die richtigen Ansatzpunkte für Gegenmaßnahmen und Präventionsarbeit zu identifizieren.

»Eine einseitige *Berichterstattung* in den
(Massen-)Medien produziert **NEGATIVE BILDER** von Religionen
und verstärkt **BEDROHUNGSGEFÜHLE**.«



C *Verzerrende Berichterstattung*

Im Kontext von Religion und Konflikt produziert eine einseitig gewaltorientierte Berichterstattung in den (Massen-)Medien negative Images von Religionen und verstärkt Bedrohungsgefühle. Selbstverständlich muss über religiös geprägte Gewalt berichtet werden, doch eine (weitgehende) Beschränkung darauf verzerrt die Wirklichkeit: Die meisten Gewaltkonflikte der Gegenwart weltweit sind keineswegs religiöser Natur (vgl. Heidelberger Konfliktbarometer unter www.hiik.de) und in allen Religionen gibt es – wie zu sehen war – zahlreiche kompetente und erfolgreiche Streiter für Frieden und die Überwindung von Gewalt. Das spiegelt sich aber so nicht in den Medien und wird damit als Teil religiöser Wirklichkeit ausgeblendet und marginalisiert, national wie international. Ein Missverhältnis in der öffentlichen Wahrnehmung entsteht etwa, wenn Bedrohung durch den Islam auf vielen Titeln beschworen, zugleich aber die Gefahr rechtsradikaler Kräfte trotz hunderter Anschläge und Gewaltattacken mit Dutzenden Todesopfern in Deutschland überwiegend in nüchternen Zahlenmeldungen abgehandelt wird. Es schadet zudem der Integration und dem friedlichen multireligiösen Zusammenleben in und zwischen Staaten, wenn zwar über jeden (mutmaßlich) religiös geprägten Anschlag breit berichtet wird, gleichzeitig aber gewaltverurteilende Stellungnahmen religiöser Autoritäten weitgehend ignoriert werden. Dabei gibt es einige davon, auch auf islamischer Seite, der häufig »Schweigen« vorgeworfen wird – etwa die Marrakesch-Erklärung (Januar 2016), den vernichtenden »Offenen Brief« von über 120 Islamelehrten an den IS und seinen selbsternannten »Kalifen« (September 2014), das »Gemeinsame Wort zwischen Uns und Euch« von 138 muslimischen Gelehrten (2007) oder die Topkapi-Erklärung führender europäischer Muslime (2006). Die Gefahr ist groß, dass negative Dynamiken doppelt verstärkt werden, zum einen durch ihre überrepräsentative mediale Vermittlung oder zum anderen durch Unterschlagen positiver (Gegen-) Kräfte.

D *Zweierlei Maß*

Die Rede über Religionen und religiöse Werte ist unterlegt von einem Dominanzdiskurs, der zivilisatorischen Fortschritt und Aufklärung

in hohem Maß mit einer Religion (in der Regel dem Christentum) verbindet, während zivilisatorische Rückständigkeit anderen Religionen zugeschrieben wird. Allerdings ist beispielsweise eine funktionierende Rechtsstaatlichkeit oder die Gleichberechtigung von Frauen, wie sie in den meisten Ländern des »christlichen Abendlandes« vorherrscht, keine primär *christliche* Errungenschaft, denn in zahlreichen, überwiegend christlichen Ländern Afrikas oder Lateinamerikas kann davon keine Rede sein.

Auch der (schiefe) Vergleich theologisch-*theoretischer Ideale* einer Religion mit Negativbeispielen aus der Praxis einer anderen Religion ist in diesem Diskurs angesiedelt: hier das biblische Gebot der Nächsten- und Feindesliebe, dort die barbarischen Enthauptungen durch den IS; hier Luthers »Freiheit des Christenmenschen«, dort die von 613 Ge- und Verboten »geknechteten« Juden, die verschleierte Iranerinnen oder die in ihrer Kaste gefangenen Hindus. Mit zweierlei Maß zu messen bedeutet also, Positivbeispiele aus der eigenen (vermeintlich) religiösen Praxis oder Theologie hervorzuheben, Negativbeispiele aber zu verschweigen, wohingegen mit anderen Religionen genau umgekehrt verfahren wird. Diese rhetorische Praxis wertet andere Religionen ab und demütigt ihre Anhänger. Statt friedlichem Zusammenleben fördert es Ängste, Ab- und Ausgrenzung, Verteidigungsreflexe und Aggression. Dann braucht es mitunter nur noch einen Funken, damit Konflikte – selbst bei völlig unreligiösem Ursprung – entlang solcher Konfliktlinien, Selbst- und Fremdbilder definiert und ausgetragen werden.

E *Ungleicher Umgang mit Zitaten*

Als Beleg werden in diesem Überlegenheitsdiskurs gerne aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus den religiösen Schriften herangezogen, etwa »Selig, die Frieden stiften« (Matthäus 5,9) versus »Erschlagt die Ungläubigen, wo immer ihr auf sie stoßt« (Sure 2,191). Zudem wird für gewaltträchtige Zitate aus den eigenen religiösen Quellen eine entschärfende historisch-kritische Interpretation in Anspruch genommen, während diese der anderen Religion abgesprochen wird. So wird das Jesus-Wort »Ich bin nicht gekommen, um

Frieden zu bringen, sondern das Schwert« (Matthäus 10,34) gemeinhin metaphorisch und nicht als Gewaltaufruf verstanden, wohingegen das koranische »Erschlagt die Ungläubigen« als absolute und unumstößliche Forderung dargestellt wird. Damit verweigert man eine Auseinandersetzung mit gewaltträchtigen Überlieferungen in der eigenen Religion und spricht zugleich der anderen Religion eine kontext- und zeitbezogene Interpretation religiöser Texte ab, negiert mithin die Friedensfähigkeit dieser Religion.

Diese fünf Hauptdefizite machen deutlich, wie gefährlich ein undifferenzierter Diskurs über Religion (nicht nur) im Kontext von Konflikt und Gewalt sein kann. Daher müssen alle Beteiligten an diesem Diskurs – jeder Einzelne, aber insbesondere Medien und Publizistik, Wissenschaft und Lehrkräfte, religiöse und politische Verantwortungsträger – zu einer Versachlichung der Debatte beitragen. Dies ist nicht nur ein Gebot intellektueller Redlichkeit und des respektvollen Umgangs mit (anderen) Religionen. Es ist auch eine Forderung der Zeit, in religiös geprägten Debatten kein Öl ins Feuer zu gießen, sondern gemeinsam zur Deeskalation beizutragen. Dies bedeutet keineswegs, unbequeme Wahrheiten zu verschweigen oder zu verharmlosen, aber es verlangt einerseits eine kritisch-differenzierende Betrachtung auch des *eigenen* religiösen Hintergrunds, und andererseits die Anerkennung *positiver* Entwicklungen oder Beispiele in den Religionen. Es ist noch gar nicht lange her und noch nicht überall überwunden, dass sich verschiedene christliche Konfessionen gegenseitig den »rechten Glauben« absprachen und einander bekriegten (vgl. Nordirlandkonflikt, Balkankrieg), dass konfessionell getrennte Schulklassen gebildet wurden und gemischtkonfessionelle Ehen als Schande galten. Der ökumenische Dialog hat hier über die Jahrzehnte zu Entspannung und Entschärfung, zu Kooperation auf vielen Gebieten, zu Frieden in und zwischen Staaten, zu gesellschaftlicher Integration und Zusammenhalt geführt. Dies muss und kann auch zwischen den *Religionen* gelingen.

4.2 Religion – Frieden – Integration: Beiträge gesellschaftspolitischer Akteure

Das Gespräch über Religion ist im Alltag verwurzelt, nicht in akademischen Sphären; es wird am Arbeitsplatz, im Sportverein, am Stammtisch oder in der Moschee- und Kirchengemeinde geführt. Hier können Vorurteile und Abgrenzung gepflegt werden, hier finden aber auch maßgebliche Integrationsprozesse statt – durch gegenseitiges Kennenlernen, den Abbau von Ressentiments, Annäherung und Freundschaften. Allerdings haben wichtige gesellschaftliche Akteure über den interreligiösen »Dialog des Alltags« hinaus Möglichkeiten und Kompetenzen, im Spannungsfeld zwischen Religion und Politik zur Entspannung und Befriedung beizutragen. Dabei sind insbesondere Religionsgemeinschaften, Medien, Politik sowie Bildungseinrichtungen gefordert.

4.2.1 Religionsgemeinschaften

A *Friedenskompetenzen stärken*

Trotz des vielfältigen Engagements für Frieden, Gerechtigkeit und die Überwindung von Gewalt, klafft in allen Religionsgemeinschaften eine Lücke zwischen dem theologischen Friedensanspruch und der friedenspolitischen Praxis. Das ist theologisch unglaubwürdig und politisch unverantwortlich. Daher sind alle Religionsgemeinschaften gefordert, ihre Friedenskompetenzen auszubauen:

Erkennen: Zunächst gilt es, sowohl die friedensorientierten Ressourcen in den eigenen Quellen und in der eigenen Geschichte zu erkennen und wahrzunehmen. Dazu gehören ebenso Überlieferungen in den religiösen Schriften wie konkrete Beispiele religiöser Friedensstifter oder -initiativen. Alle Religionen bergen eine Fülle versöhnungsorientierter Überlieferungen und Beispiele gewaltfreier Konfliktlösung, die aber weithin unbekannt sind. Welcher Christ kennt die Geschichte des Propheten Oded, von David und Abigail oder die

Lösung des ersten Konfliktes der christlichen Urgemeinde? (vgl. Weingardt 2015) Und wer weiß vom Widerstand der ruandischen Muslime 1994, vom Engagement Bischof de Souza in Benin, von Maha Ghosanandas Versöhnungsarbeit in Kambodscha oder von der weltweiten stillen Arbeit der Quäker? Die Kenntnis der eigenen Quellen, Traditionen und Vorbilder kann ermutigen und Orientierung geben. Wer sich darüber hinaus mit den Schriften und Beispielen anderer Religionen beschäftigt, wird außerdem starke Parallelen finden: Mitmenschlichkeit, Gewaltlosigkeit und Gerechtigkeit sind Werte, die sich in allen Religionen finden lassen. Nicht zufällig ist die sprichwörtliche »Goldene Regel« darum auch in allen Religionen und Kulturen bekannt: »Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu.« Und positiv: »Was du willst, das man dir tu', das tue auch anderen.«

Entwickeln: Wer sich aus religiöser Motivation für Frieden und Gewaltüberwindung engagieren möchte, muss nicht bei Null anfangen; er kann auf Kompetenzen und Erfahrungen zurückgreifen. Das genügt aber nicht. Jeder Konflikt ist anders und bedarf anderer Instrumente oder Methoden. Darum müssen die vorhandenen Kompetenzen nicht nur wahrgenommen, sondern auch analysiert und weiterentwickelt werden. Dies muss im Austausch mit anderen Friedensakteuren geschehen, mit religiösen oder nichtreligiösen zivilgesellschaftlichen Organisationen, mit andersreligiösen Akteuren, mit Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit, mit Wissenschaft und Politik. All diese Akteure haben jeweils spezifische Möglichkeiten, Fähigkeiten und Erfahrungen, die sich ergänzen können. Es gilt, voneinander zu lernen und die eigenen Konfliktbearbeitungsfähigkeiten inhaltlich und institutionell zu stärken, auch zu professionalisieren. Das erfordert eine klare theologische und politische Präferenz für Frieden und Versöhnung, aber natürlich auch den Einsatz entsprechender Finanzmittel. Konflikte sind zumeist hochkomplexe Geschehen; Gewaltmittel sind zwar simple, aber weder zielführende noch kostengünstige Methoden, wie die im Mittleren Osten in den letzten Jahren verschwendeten Billionen US-Dollar längst gezeigt

haben. Friedensprozesse konstruktiv anzugehen, ist demgegenüber wesentlich anspruchsvoller; dafür braucht es Fachexpertise und Erfahrung, und beides ist nicht umsonst zu bekommen. Doch die Aussicht, abertausende Menschenleben zu retten, die Zerstörung von Städten und ganzen Landstrichen zu vermeiden, Fluchtursachen zu verhindern bzw. zu beseitigen, statt jahrzehntelangem Hass eine gemeinsame Zukunft zu fördern – diese Chance sollte einige Investitionen wert sein.

»*Friedenspolitik und -engagement sollte als VORNEHMSTE AUFGABE jeder Religionsgemeinschaft begriffen und praktiziert werden.*«



Einbringen: Sind durch Erkennen und Entwickeln der Friedenskompetenzen die nötigen Voraussetzungen gegeben, so müssen religiöse Akteure ihre Expertise in Konflikt- und Friedensprozesse anbieten, sich einbringen. Religiöse Friedensakteure sind kein Ersatz für säkulare Kräfte, sondern können diese – wie oben beschrieben – mit ihren spezifischen Kompetenzen und Zugangsweisen *ergänzen*. Konfliktkenntnis und Fachkompetenz sind dazu freilich unverzichtbar, aber nicht hinreichend. Sich in politische Prozesse einzubringen, erfordert von religiösen Akteuren außerdem *Mut*: Den Mut, sich politisch zu positionieren und damit möglicherweise Anstoß zu erregen, anzuecken, Hass und Hämie auf sich zu ziehen. Friedensarbeit ergibt sich nicht zwangsläufig oder zufällig, sie kann und muss bewusst gewollt und aktiv umgesetzt werden. Die Entstehung und Entwicklung von Konflikten, zumal von religiös aufgeladenen Konflikten, und damit die öffentliche Aufmerksamkeit, darf nicht den Gewaltakteuren überlassen werden, seien sie säkular oder religiös. Dies verlangt nicht weniger, als dass Friedenspolitik und -engagement – auch und gerade aus religiös-theologischer Motivation – konsequent als vornehmste Aufgabe jeder Religionsgemeinschaft begriffen und praktiziert wird.

Erkennen, entwickeln, einbringen: Die Potenzialentfaltung nach diesem *Triple-E-Ansatz* garantiert keinen Erfolg, geschweige denn in allen möglichen Konflikten. Die wirksamste Methode der Gewaltbekämpfung ist noch immer die Vermeidung von Krisen und Konflikteskalation. *Konflikte* lassen sich nicht vermeiden, weder im Privatleben noch in der internationalen Politik, aber ihre gewaltsame Eskalation ist vermeidbar. Konflikte sind auch nicht per se problematisch, oft sogar notwendig, um auf Missstände aufmerksam zu machen, doch entscheidend ist die Art des Umgangs damit. Je früher ein Konflikt erkannt wird, desto einfacher, friedlicher und nicht zuletzt kostengünstiger lässt er sich beilegen. Früherkennung und Präventionsmaßnahmen sind vorentscheidend. Auch in dieser Hinsicht können Religionsgemeinschaften eine hilfreiche Rolle spielen, reichen ihre Strukturen doch beinahe in jedes Dorf auf dieser Welt. Durch die flächendeckende Präsenz ihrer Mitarbeiter sind sie auch in (potenziellen) Konfliktgebieten vertreten und erfahren dadurch sehr früh von entstehenden Konflikten und deren Eskalationspotenzial. Dank der weitverzweigten Informations- und Kommunikationskanäle von Religionsgemeinschaften könnten diese Erkenntnisse rasch weitergeleitet und in die Politik eingespeist werden. Kein Konflikt entsteht über Nacht, und keine Miliz kann sich von heute auf morgen bürgerkriegsfähig bewaffnen. Würden die Informationen frühzeitig fließen, würden sie von Seiten der Politik ernst genommen und würden umgehend vermittelnde und präventive Maßnahmen ergriffen, dann ließen sich zweifellos zahlreiche Gewaltkonflikte im Keim ersticken (vgl. Steinmeier 2015).

B *Gewaltresistenz fördern*

Die Weiterentwicklung der aktiven Konfliktbearbeitungskompetenzen ist *ein* Weg für Religionsgemeinschaften, die eigenen Friedenspotenziale zu stärken. Ein anderer Ansatz liegt darin, die eigenen Gewaltpotenziale zu reduzieren. Es ist ja nicht zu leugnen, dass zwar viele Religionsgemeinschaften in Konflikten den Weg der Versöhnung und Verständigung einschlagen, andere jedoch, unter ähnlichen Bedingungen, an den Gewalthandlungen teilnehmen, gar Konflikte verschärfen und die Eskalation vorantreiben.

Andreas Hasenclever (2008) identifiziert drei Indikatoren, die die Gefahr politischer Vereinnahmung und damit die Gewaltresistenz von Religionsgemeinschaften maßgeblich beeinflussen:

- *Religiöse Bildung*, sowohl bei Geistlichen als auch bei »einfachen« Gläubigen: Durch die Kenntnis der religiösen Schriften und Lehren wächst »ein Bewusstsein um die Komplexität und Vielschichtigkeit der Überlieferungen« (Hasenclever 2008: 191), das simplen, gewaltlegitimierenden Interpretationen vorbeugt und dagegen wappnet. Besonders hilfreich ist dabei das Wissen über Gewalt verneinende Überlieferungen und über Friedensvorbilder in der Geschichte der eigenen Religionsgemeinschaft.
- *Autonomie der Gemeinschaft* gegenüber Staat und Gesellschaft: Je enger die institutionellen, wirtschaftlichen oder personellen Verflechtungen einer Religionsgemeinschaft mit politischen Kräften, desto größer ist die Gefahr der Vereinnahmung und Instrumentalisierung. Wenn sie bestimmte politische Positionen im Laufe der Zeit nicht ohnehin übernommen haben, sind Religionsvertreter dann aufgrund mangelnder Distanz entweder nicht mehr fähig, problematische politische Entwicklungen überhaupt zu erkennen, oder sie sind durch ihre Abhängigkeit von politischen Kräften gezwungen, bestimmte Entwicklungen mitzutragen. Ohne ein gewisses Maß an innerer und äußerer Unabhängigkeit aber ist eine freimütige, kritisch-korrektive Gegenrede nicht mehr möglich, was überdies die Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung schmälert.
- *Transnationale Vernetzung*: Die Instrumentalisierbarkeit von Religionsgemeinschaften sinkt »in dem Maße, in dem sich Glaubensgemeinschaften transnational vernetzen und öffentlich unterstützen« (Hasenclever 2008: 195). Durch die Vernetzung weitet sich – theologisch wie politisch – der Blick; es ergeben sich neue Impulse und Erkenntnisse, man wird gestärkt in der gewaltresistenten Positionierung und gewinnt internationale Unterstützer. Für politische Kräfte wird es zugleich riskanter, eine Religions-

gemeinschaft durch Druck oder Zwang auf Kurs zu bringen, weil es internationale Aufmerksamkeit erregen und Gegenmaßnahmen provozieren könnte.

C *Inter- und intrareligiöse Friedensbemühungen entwickeln*

Alle drei oben genannten Resistenzfaktoren werden erheblich gestärkt, wenn sie auch interkonfessionelle oder interreligiöse Komponenten berücksichtigen:

- Religiöse Bildung, die über die eigene Religion/Konfession hinaus auch Kenntnisse anderer Religionsgemeinschaften umfasst, schützt umso besser vor politischer und religiöser Verführung.
- Wenn alle Religionsgemeinschaften gleichermaßen Distanz zum politischen System pflegen, wird dem Argwohn vorgebeugt, eine Gemeinschaft könnte sich auf Kosten der anderen einen Vorteil verschaffen; zudem können sie sich gegenseitig stärken und gemeinsam besser den Vereinnahmungsversuchen widerstehen.
- Beide Effekte werden nochmals gesteigert, wenn nicht nur gleichkonfessionelle transnationale, sondern auch interkonfessionelle bzw. interreligiöse (transnationale) Netzwerke und Begegnungen gepflegt werden. Dies erschwert auch die eingangs geschilderte Transformation von Interessen- in Wertekonflikte mittels religiöser Aufladung – ein Effekt, der zum Beispiel im Bürgerkrieg von Sierra Leone zu beobachten war: Trotz aller Grausamkeit konnte dank der Arbeit des dortigen Interreligiösen Rates (IRC-SL), dank des guten Zusammenhalts und der intensiven Zusammenarbeit der verschiedenen Religionsgemeinschaften zumindest eine *religiöse* Verschärfung verhindert werden, was auch die gesellschaftliche Versöhnung und den Wiederaufbau nach dem Bürgerkrieg spürbar vereinfacht.

In gleicher Weise müssen sich die Friedenskompetenzen natürlich nicht nur in politischen Prozessen, sondern auch in zwischenreli-

giösen Spannungen erweisen. Der BTI 2016 stellt fest, dass Auseinandersetzungen zunehmend entlang religiöser Trennlinien ausgetragen würden. Wenn Religionsgemeinschaften in dieser Weise Teil des Problems sind, können und müssen sie aber auch Teil der Lösung sein. Das bestätigt das Küng'sche Diktum, wonach es keinen Frieden zwischen (und in) Nationen gibt, ohne Frieden zwischen den Religionen (und Konfessionen). Dafür ist es erforderlich, dass sich Würden- und Funktionsträger wie Gläubige dem interreligiösen und interkonfessionellen Dialog öffnen – einem Dialog, der sich freilich nicht in theologischen Diskussionen erschöpft, sondern Begegnung, Bildung und Kooperation einschließt. Ein solcher Dialog wird deutlich machen, dass es jenseits spezifischer religiöser Eigenheiten und Dogmen einen Kernbestand gemeinsamer ethischer Werte gibt. Auf dieser Basis ist ein friedliches Zusammenleben und -wirken von Religionen und Konfessionen möglich. Damit würde ein enormer Beitrag zum Frieden in der Welt geleistet (vgl. Küng 2010).

*»Religionsgemeinschaften müssen eine **KONSTRUKTIVE NÄHE** zu andersreligiösen/-konfessionellen Gemeinschaften suchen, weil sie dadurch ihre friedlichen und integrativen Potenziale effektiver entfalten können.«*



D *Zwischenfazit*

Um ihre Friedensfähigkeiten zu stärken, müssen Religionsgemeinschaften zum einen ihre Konfliktbearbeitungskompetenzen stärken; es gilt, die eigenen Kompetenzen zu erkennen, weiter zu entwickeln und in Friedensprozesse aktiv einzubringen. Dabei kann die religiöse Infrastruktur mit ihren weitverzweigten Kommunikationskanälen insbesondere mit Blick auf die rechtzeitige Erkennung von Konflikten als eine Art Frühwarnsystem dienen.

Zugleich müssen Religionsgemeinschaften ihre eigenen Gewaltpotenziale minimieren durch religiöse Bildung, Unabhängigkeit von politischen Kräften und transnationale Vernetzung.

Der Austausch und die Zusammenarbeit zwischen Konfessionen und Religionen verstärken die positive Wirkung der Kompetenzentfaltung wie auch die Instrumentalisierungsprävention.

Religionsgemeinschaften müssen also einerseits eine *konstruktive* Distanz zu staatlichen und gesellschaftspolitischen Kräften einnehmen, die es ihnen ermöglicht, ihre politische Unabhängigkeit zu wahren, ohne jedoch ihre Kooperationsfähigkeit einzubüßen.

Andererseits müssen sie eine *konstruktive Nähe* zu andersreligiösen/-konfessionellen Gemeinschaften suchen, weil sie dadurch ihre friedlichen und integrativen Potenziale effektiver entfalten können, ohne aber ihre Eigenart und identitätsstiftende Funktion für ihre Anhänger aufzugeben. Als Vorbild kann hier der ökumenische »Konziliare Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« dienen. Begonnen 1983, sind seine Kernanliegen heute, angesichts der globalen Auswirkungen regionaler Konflikte oder des Klimawandels, aktueller denn je. Daher gilt es, den ökumenischen nunmehr zu einem *interreligiösen* »Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung« weiterzuentwickeln.

4.2.2 Politik

Wie in weiten Bevölkerungsschichten, so ist auch unter Politikern ein negatives Image von Religion verbreitet, zumindest im Kontext von Konflikt und Gewalt. Religionen gelten primär als problematisch und konfliktverschärfend, ihre deeskalierenden Beiträge und Potenziale sind weithin unbekannt. So dominiert in Konfliktsituationen ein Reflex seitens politischer Vermittler, jegliche religiöse Akteure besser fernzuhalten, um eine religiöse Aufladung zu verhindern. Damit bleiben aber auch jene religiösen Akteure außen vor, die zur Vermeidung und Überwindung von Gewalt beitragen könnten.

Um jedoch alle Chancen und Partner einer konstruktiven Konfliktbeilegung zu nutzen, sind Politiker – lokal, national wie international – gefordert, ihre Angst und Unkenntnis abzubauen. Dazu dient wiederum ein *Triple-E-Ansatz*, leicht anders definiert:

Erkennen: Die Politik muss erkennen, welche religiösen (und selbstverständlich auch säkularen) Akteure ihre Friedensbemühungen unterstützen könnten. Gerade in (potenziellen) Konfliktregionen gilt es, gemäßigste Kräfte zu identifizieren und eine Vertrauensbasis zu schaffen. Dazu bedarf es natürlich auch Kenntnissen über die theologische und politische Verortung der verschiedenen religiösen Gruppierungen bzw. Initiativen und ihrer Verantwortungsträger. Solche Kenntnisse können nicht kurzfristig erworben werden, und noch weniger kann »auf die Schnelle« eine Vertrauensbasis entstehen. Beides braucht Zeit, die sinnvoller Weise dann investiert wird, wenn ein Konflikt noch nicht eskaliert, vielleicht noch kaum erkennbar ist. Wo aber solche friedensengagierten religiösen Akteure nicht zu erkennen sind, muss daran gearbeitet werden, sie aufzubauen. So können zum Beispiel gleichreligiöse Friedensinitiativen aus anderen Ländern gebeten werden, bei ihren Glaubensgeschwistern ein Bewusstsein für konstruktive Konfliktbearbeitung zu wecken. Dies gilt umso mehr, wenn eine Region oder Gesellschaft von religiösen Scharfmachern und Spaltern heimgesucht wird. Ebenso hilfreich kann es sein, lokale und nationale *interreligiöse* Initiativen anzuregen, etwa mit Hilfe der *Religions for Peace*; als älteste und größte interreligiöse Friedensorganisation hat sie schon in zahlreichen Ländern nationale *Interreligious Councils* initiiert, die auf ganz unterschiedliche Weise zur Konfliktbeilegung beitragen konnten.

Ermutigen: Sind potenziell friedensdienliche (inter)religiöse Akteure identifiziert, gilt es sie in ihrem Engagement zu ermutigen und zu stärken. Sie müssen von politischer Seite unterstützt werden, ohne aber sie zu vereinnahmen und damit ihre religiöse wie politische Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen. Nicht wenige religiöse Friedensakteure stoßen bei politischen Vertretern aller Ebenen und Couleur wie beschrieben auf Vorbehalte, Unkenntnis und Ängste. Diesen Politikern muss – auch von politischer Seite – vermittelt werden, dass religiöse Akteure nicht per se gefährlich sind, sondern die eigenen Anliegen befördern können. Es gilt also, sowohl religiöse Friedensakteure zu stärken als auch Politiker zu ermutigen, solche Kräfte zu unterstützen.

Einbeziehen: Gilt es für religiöse Friedenskräfte, ihre Kompetenzen aktiv anzubieten und einzubringen, so sind Politiker aufgerufen, diese Angebote mutig aufzugreifen. Natürlich muss eine kluge und kritische Prüfung der Akteure vorausgehen. Im Sinne des Friedens und zum Wohl der Menschen gilt es aber, alle potenziell hilfreichen Akteure in die konstruktive Konfliktbearbeitung einzubeziehen. Ob durch gute Dienste im Hintergrund oder Wahlbeobachtung, durch Menschenrechtsarbeit oder Entwicklungshilfe, durch Übernahme politischer Ämter oder die Vermittlung von umfassenden Friedensverträgen: die Erfahrungen zeigen, dass in keinem Konflikt eine erfolgreiche religiöse Konfliktbearbeitung a priori ausgeschlossen werden kann. Deren Möglichkeiten sind noch lange nicht ausgeschöpft.

»Die Möglichkeiten religiöser Konfliktbearbeitung sind noch lange nicht ausgeschöpft.«



Erkennen, ermutigen, einbeziehen: Das deutsche Entwicklungsministerium (BMZ) hat dies – über den Bereich unmittelbarer Entwicklungszusammenarbeit hinaus – verstanden. »Ohne den Beitrag der Religionen«, so Minister Gerd Müller, »werden wir die globalen Herausforderungen nicht bewältigen können.« (BMZ 2016b) Daher hat das BMZ im Februar 2016 das Programm »Religionen als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit« gestartet. In Kooperation mit der Zivilgesellschaft, Religionsgemeinschaften und internationalen Organisationen wurde eine Strategie erarbeitet, die die unbestreitbaren Beiträge der Religionen zu Entwicklung und Frieden endlich ernst nimmt und einbezieht, ohne sie gegenüber säkularen Akteuren zu begünstigen und ohne den säkularen Charakter der staatlichen Entwicklungszusammenarbeit aufzugeben: »Die deutsche Entwicklungspolitik ist weltanschaulich neutral, sie ist allerdings nicht Werteneutral. Aus diesem Grund wollen und können wir die entwicklungspolitischen Kräfte der Religionen stärken. Wir wollen ihr Versöhnungspotenzial, das weltweit in so vielen Entwicklungsländern in

Erscheinung tritt, zum Wohl der Menschen miteinander verbinden. (...) Unsere Entwicklungspolitik macht die ‚Friedenstifter‘ stark, damit die Eine Welt wirklich zu der Einen wird, die sie ist. (...) Aus diesem Grund beziehen wir die Religionen systematisch in unser entwicklungspolitisches Handeln ein. Nur so können wir nachhaltige Entwicklung und Frieden zum Wohl der Weltgemeinschaft der Völker schaffen.« (BMZ 2016a: 5)

Diese Erkenntnisse und ihre Übertragung in ein ambitioniertes, internationales Programm – das sich freilich noch in der Praxis bewähren muss – sind ein Quantensprung nicht nur für die deutsche Entwicklungspolitik. Eine solche Strategie folgt einem Paradigmenwechsel und weist einen Weg auch für die Außenpolitik, für konstruktive Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung, ja, selbst für Umweltpolitik und Klimaschutz. Erkennen, ermutigen und einbeziehen; die Angst vor religiösen Partnern überwinden; von ihren Kompetenzen und Erfahrungen profitieren: Dieser Ansatz wird in der BMZ-Strategie realisiert; er ist für Deutschland ebenso richtig wie für andere Staaten, er funktioniert auf internationaler Ebene ebenso wie in lokalen Kontexten.

4.2.3 Medien

Die problematischen Folgen einer verzerrenden Berichterstattung für die gesellschaftliche wie politische Meinungsbildung wurden bereits in Kap. 4.1 erörtert. Der primär gewaltorientierten Medienaufmerksamkeit liegt die Prämisse zugrunde, dass der Sensationsgehalt eines Ereignisses über dessen Nachrichtenwert entscheidet, und zugleich der Sensationswert einer (politischen) Nachricht mit der Zahl der Toten steigt. »When it bleeds, it leads« ist noch immer das Motto vieler Medien. Wenn Krieg geführt wird, dominiert das die Nachrichten; wenn Krieg und Gewalt vermieden werden, vielleicht nach mühsamen Friedensprozessen, vielleicht von Menschen, die dafür ihr Leben gaben, so ist das zumeist buchstäblich nicht der Rede wert.

Als 2010 in Guinea nach Jahrzehnten des Bürgerkrieges endlich

ein Friedensabkommen unterzeichnet wurde, berichtete darüber kaum eine deutschsprachige Zeitung. Dass dieser Friedensvertrag durch Vermittlung der katholischen Laienbewegung Sant'Egidio zustande kam, wurde komplett unterschlagen.

Eine umfangreiche Arbeit des Instituts für Afrika-Studien hat die Rolle religiöser Akteure in 28 Gewaltkonflikten im subsaharischen Afrika untersucht. In 19 dieser Konflikte trugen religiöse Akteure zur Verschärfung bei, und über viele davon wurde ausführlich berichtet – dazu über die Konflikte im Sudan, in Uganda, Liberia und Somalia. Doch in all diesen 19 Konflikten und in weiteren sechs Konflikten trugen religiöse Akteure auch zur Deeskalation und *Vermeidung* von Gewalt bei (vgl. Basedau, Körner 2009: 23). Doch was ist darüber bekannt, wo wurde darüber berichtet?

Das macht deutlich: Die Wirklichkeit korrigiert das Zerrbild, das Negativ-Bild von Religion – und auch darüber sollte berichtet werden. Es muss aber ein Umdenken einsetzen, bei verantwortlichen Medienvertretern ebenso wie bei Lesern und Zuschauern. Nicht Krieg und Gewalt, sondern *Frieden* ist die eigentliche Sensation!

Es ist jedoch journalistisch anspruchsvoller, anregend über den Frieden zu berichten. Kriegsberichterstattung ist zwar gefährlich, aber häufig vergleichsweise eindimensional: Die Zerstörung schafft Fakten, Leid und Elend sind offensichtlich. Sehr viel schwieriger ist es, über Friedensprozesse zu berichten, denn hier kommt die Sensation weder laut noch gut sichtbar daher, sie versteckt sich oft im Unscheinbaren, im vertraulichen Wort hinter verschlossenen Türen, in alltäglicher Zivilcourage. Wie einfach ist es auch, den Krieg durch Fotografien darzustellen – und wie schwierig, den Frieden in Bilder zu fassen. Doch es ist möglich, wie das Projekt *Peace Counts* deutlich macht. Darin haben sich professionelle Fotografen und Journalisten zusammengefunden, um über gelungene Friedensinitiativen zu berichten. Entstanden sind fesselnde und berührende Porträts ungewöhnlicher Menschen, doch solche Reportagen brauchen Geschick, Kompetenz, Zeit und Geld – Anforderungen, die in Zeiten permanenten Nachrichtengewitters und medialer Sparzwänge immer seltener werden (vgl. Gerster, Gleich 2005).

»To inform and to enlighten« – informieren und aufklären, so lautet das alte journalistische Credo. Es gilt auch heute noch, gerade in Fragen von Krieg und Frieden. Unverzichtbar ist es, über die Ursachen, Hintergründe und Zusammenhänge von Krieg und Gewalt zu informieren, über versteckte oder auch unverhohlene Interessen, über Leid und Grausamkeiten, über Waffenhändler und andere Kriegsprofiteure oder -akteure, seien sie religiös oder nicht. Unverzichtbar ist aber ebenso, die Gegner von Krieg und Gewalt ins Licht zu rücken, die Widersprecher und Widerständler, die gewaltlosen Streiter und zivilen Friedensfachkräfte, die Versöhner und Vermittler – wiederum: seien sie religiös oder nicht. Solche Beispiele regen an und ermutigen, sie korrigieren Vorurteile und Überlegenheitsattitüden, sie liefern Argumente gegen Gewaltbefürworter und geben Orientierung, sie stärken die eigene religiöse Identität und weiten zugleich den (inter)religiösen Horizont.

Zu all dem können die Medien einen Beitrag leisten, tun es jedoch viel zu selten. Es ist aber nicht nur eine Frage gesellschaftlich-politischer Verantwortung, welche Tendenzen verstärkt werden; Berichterstattung kann niemals wirklich »objektiv« sein, schon die Auswahl der Meldungen ist subjektiv, ebenso ihre Darstellung. Es ist auch eine Frage journalistischer Qualität und Redlichkeit, ob über religiöse (wie auch nichtreligiöse) Friedensakteure in einer Weise berichtet wird, die die realen Verhältnisse widerspiegelt.

4.2.4 Wissenschaft und Bildung

Ähnlich den Medien, ist auch in der Wissenschaft der Fokus primär auf die Konflikt- und Gewaltpotenziale von Religionen gerichtet. Darüber gibt es zahllose Publikationen, und täglich werden es mehr, denen nur wenige wissenschaftliche und publizistische Werke zum Verhältnis von Religion und *Frieden* entgegenstehen. Dies ist zum einen bestehenden Aufmerksamkeitsmechanismen geschuldet, die in der Wissenschaft vielfach ähnlich funktionieren wie in der Medienwelt. Es ist aber ebenso auf Strukturen der Forschungsförderung

zurückzuführen: Auch wissenschaftliche Gutacher oder Gremien der Drittmittelvergabe bringen teilweise ein zu schwaches Sensorium für Religion und deren Friedenspotenziale mit. Folglich haben es solche Forschungsprojekte schwerer, die nötigen Fördergelder zu generieren. Hier ist ein Umdenken vonnöten, das erst ganz allmählich Einzug hält.

Bildung beginnt jedoch nicht erst an den Universitäten, sondern bereits in Schule und Kindergarten. Hier wird Basiswissen vermittelt und Begegnung praktiziert und so die Grundlage für interreligiöses und interkulturelles Verständnis, für Toleranz und Werteorientierung gelegt. Hier wird auch gelernt, dass Gewalt kein probates Mittel zur »Lösung« von Konflikten ist. Doch diese Lehr- und Lerneffekte stellen sich nicht von alleine ein, sie müssen dafür fester Bestandteil der Erziehung und des Lehrplans werden. Daher ist es problematisch, wenn die deutsche Bundeswehr zunehmend Jugendoffiziere in den Schulunterricht und an Lehrerseminare entsendet, um Jugendlichen oder angehenden Pädagogen »Karrierechancen« darzulegen, dabei aber auch militärisch-gewaltorientierte Denkweisen vermittelt. Mindestens müsste dafür gesorgt sein, dass in gleichem Maße Vertreter von Institutionen der *gewaltlosen* Konfliktbearbeitung zu Wort kommen.

Im Blick auf Friedensbildung und -erziehung sind freilich auch die Religionsgemeinschaften gefordert, soweit ihnen die Zuständigkeit für Bildung und Ausbildung obliegt. An den theologischen Fakultäten sollten Friedensethik und Friedenstheologie ihren festen Ort haben. In Ausbildungsgängen für Geistliche, Diakone, Lehrkräfte und Jugendreferenten muss der konstruktive Umgang mit Konflikten verankert sein, denn er gehört zwingend zu ihrem Handwerkszeug. Darum darf die Beschäftigung mit diesen Themen auch nicht dem Zufall oder persönlichen Interessen Einzelner überlassen werden. Der Religionsunterricht, gleich welchen Bekenntnisses, bietet die Chance, auf friedensorientierte Grundlagen in den religiösen Schriften wie auf religiös motivierte Vorbilder zu verweisen, ebenso auf Friedensakteure in anderen Religionen und religionsübergreifende universelle Werte. Dies fördert eine religiöse Bildung, die inter-

religiöse Unterschiede wahrnehmen und wertschätzen kann, ohne die eigene religiöse Identität zu schwächen. Es ist ein Beitrag zu einem friedlichen, gelingenden Zusammenleben in Gesellschaften, zwischen religiös oder kulturell verschiedenen Gruppen wie auch zwischen Staaten.

5 Zusammenfassung – Fazit – Ausblick



Das Spannungsverhältnis von Religion und Politik ist geprägt von der Möglichkeit ebenso destruktiver wie konstruktiver Einflussnahme religiöser Akteure. Das Erstarken radikaler religiöser Kräfte verweist einerseits auf Defizite in der staatlichen Konfliktbearbeitung und Problemlösung. Andererseits verdeutlicht es das Potenzial von Religionen, Orientierung und Halt zu geben – ein Potenzial, das sich auch *konstruktiv* nutzen lässt. Zahlreiche Erfolgsbeispiele religiös motivierter Friedensarbeit veranschaulichen die enorme Bandbreite an Initiativen, Methoden und Möglichkeiten. Gleichwohl gilt es, sowohl die Gewaltpotenziale religiöser Akteure zu mindern als auch ihre Friedenskompetenzen zu stärken.

Die Gewaltresistenz von Religionsgemeinschaften wächst mit dem Maß (inter)religiöser Bildung, politischer Autonomie sowie trans- und internationaler (inter)religiöser Vernetzung. Solchermaßen gestärkt, sind sie gegen Versuche der konfliktverschärfenden Instrumentalisierung von Religion gewappnet, die von Konfliktführern insbesondere zur Transformation von Interessen in (religiös aufgeladene) Wertekonflikte gezielt unternommen werden.

*»Die **GEWALTRESISTENZ** von Religionsgemeinschaften wächst mit dem Maß (inter)religiöser Bildung, politischer Autonomie sowie trans- und internationaler (inter)religiöser Vernetzung.«*



Um ihre Friedenspotenziale zu fördern, müssen Religionsgemeinschaften zunächst ihre Friedenskompetenzen *erkennen* – die theologischen Grundlagen und Überlieferungen ebenso wie konkrete Beispiele und Vorbilder in der Geschichte. Diese Fähigkeiten müssen jedoch permanent *weiterentwickelt* und schließlich aktiv in politische Prozesse *eingebraucht* werden. Religiöse Konfliktvermittler sind in der Regel weder willens noch in der Lage, in Friedensprozessen politischen oder ökonomischen Druck auszuüben oder nennenswerte materielle Anreize in Aussicht zu stellen. Diese scheinbare Schwäche ist ihre Stärke, denn der Erfolg ihrer Intervention beruht einzig auf ihrer Überzeugungskraft und -fähigkeit. Diese wiederum hängt davon ab, ob ein religiöser Akteur glaubhaft machen kann, dass er als Vermittler *geeignet* ist, also über die notwendigen Kompetenzen verfügt, und ob er überhaupt als Drittpartei *akzeptiert* wird, das heißt, ob ihm das hierfür notwendige Vertrauen entgegengebracht wird. Und in der Tat zeichnen sich religiöse Konfliktvermittler vielfach dadurch aus, dass sie bei vielen, auch andersreligiösen Konfliktparteien, einen *Vertrauensvorschuss* genießen. Dieses Spezifikum religiöser Vermittler ermöglicht – vor allem im klugen Zusammenwirken mit den spezifischen Kompetenzen säkularer oder politischer Friedensakteure – entscheidende Fortschritte in Integrations- und Friedensprozessen.

Um die innergesellschaftlich wie international befriedenden, versöhnenden und integrativen Kräfte der Religionsgemeinschaften zu unterstützen, sind aber auch Politik, Medien, Wissenschaft und Bildungsträger gefordert. Die *Politik* muss geeignete religiöse Akteure identifizieren, ermutigen und in die jeweiligen politischen Prozesse als ernsthafte Partner einbeziehen. *Medien* sind gefordert, den Fokus nicht allein auf religiös geprägtes Gewalthandeln zu richten, sondern auch religiöse Aktivitäten zur Vermeidung von Gewalt, für Demokratie und Menschenrechte wahrzunehmen und darüber prominent und differenziert zu berichten; so kann ein Zerrbild von Religion vermieden werden, das ansonsten Ressentiments und Ängste schürt und ein friedliches Zusammenleben massiv erschwert. Ähnliches gilt für einige Disziplinen der *Wissenschaft*, für *Schulen* und *Kindergärten*: Interreligiöses und interkulturelles Basiswissen, Friedensethik und

-theologie, Beispiele politisch-konstruktiven Wirkens von Religionen, religionsübergreifende gemeinsame Werte, Alternativen zu militärischer »Konfliktbearbeitung« u.a.m. müssen erforscht und vermittelt werden. Gerade bei Kindern wird früh die Basis für Offenheit und Toleranz gegenüber dem »Anderen« gelegt.

Zwischen allen genannten Akteuren gilt es ein *konstruktives Maß von Nähe und Distanz* zu finden. Bei zu großer Nähe drohen Vereinnahmung und die Unfähigkeit, problematische Entwicklungen beim Gegenüber noch zu erkennen bzw. mutig zu benennen. Bei zu großer Distanz hingegen wird eine Zusammenarbeit schwierig und es wächst die Gefahr, konstruktive Kompetenzen des jeweils anderen Akteurs zu übersehen, kein Sensorium für seine Potenziale (oder auch Probleme) zu entwickeln, stattdessen Vorurteilen zu folgen und sie zu verbreiten. Beides – zu große Nähe wie zu große Distanz – schadet einem nachhaltig friedlichen Zusammenleben in und zwischen Staaten. Politisch und gesellschaftlich relevante Friedens- oder Integrationskräfte müssen zu einer *Kooperation in konstruktiver Unabhängigkeit* finden. Dann können sie ihre jeweils spezifischen Eigenarten bewahren und eigene Kompetenzen ausprägen, können sich kritisieren und korrigieren, unterstützen und ergänzen. Solche Pluralität zeichnet vitale Systeme aus.

In diesem Sinne ist ferner darauf zu achten, den *Diskurs über Religionen* (im Kontext von Konflikt und Gewalt) in sachlicher und differenzierter Weise zu führen.

Verallgemeinerungen werden weder der Vielfalt *innerhalb* der Religionsgemeinschaften gerecht noch nehmen sie all jene Kräfte und Entwicklungen wahr, die im *Widerspruch* zu den simplen, meist negativen Klischees stehen. Durch Pauschalisierungen werden gefährlich wirkende, homogene Mächte konstruiert, die in der Wirklichkeit in solch bedrohlicher Geschlossenheit gar nicht vorkommen.

Ähnliches geschieht durch die Vermischung von religiösen und kulturellen Einflüssen. Auch dies ignoriert die theologischen wie kulturellen Unterschiede innerhalb einer Religion, schürt Ressentiments und Ängste und verschleiert zudem die tatsächlichen Ursachen einer Problematik, an der folglich auch Lösungsvorschläge ansetzen müssten.

Wird ferner theologisch oder mit religiösen Texten argumentiert, so darf nicht mit »zweierlei Maß« gemessen werden, darf nicht Kontexte missachtend zitiert oder interpretiert werden: Das ist der Schriftumgang von Fundamentalisten, doch lassen sich diese kaum begründet widerlegen, indem man religiöse Texte in gleicher Weise missbraucht.

Durch einen fairen und sachlichen Diskurs über Religion können sicher nicht alle, aber doch viele Vorurteile und Ängste vermieden und abgebaut werden. Das ist eine Grundvoraussetzung für ein friedliches, gedeihliches Zusammenleben innerhalb von Gesellschaften wie zwischen Ethnien, Völkern oder Nationen.

Aus diesem Grund ist die Rolle von Religionen im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft auch von höchster Aktualität und Relevanz. Europa befindet sich durch die Flüchtlingszuwanderung in einer Zerreißprobe. Ein Kontinent, der sich auf seine Aufgeklärtheit und »christlich-abendländische Kultur« viel zugute hält, muss sich fragen, ob er seinen eigenen Vorstellungen von Menschenwürde und Menschenrecht noch gerecht wird angesichts von Flüchtlingen, die zu Tausenden im Mittelmeer ertrinken und durch Zäune und Soldaten am Weiterkommen gehindert werden.

Indem europäische Staaten eine Mitverantwortung für das Schicksal der Flüchtlinge von sich weisen, wird deren Menschenwürde faktisch zur Disposition gestellt. Wo aber solche grundlegenden Werte erodieren – deren universalen Anspruch Europa in der Welt vertreten will –, sind Tür und Tor geöffnet für Unterdrückung und Ausgrenzung. Das ist die Logik des IS und anderer religiös- oder rechtsextremistischen Bewegungen: Der Entwürdigung folgt die »Entmenschlichung«; der andere wird zum minderwertigen oder »bösen« Menschen, der – in letzter Konsequenz – auch vernichtet werden darf. Diese Mechanismen sind brandgefährlich, ihnen gilt es vorzubeugen, es ist höchste Zeit.

Doch welche anderen gesellschaftlichen Großinstitutionen als die Religionsgemeinschaften, respektive die großen Kirchen in Europa, sind in der Lage, dagegen machtvoll ihre Stimmen zu erheben? Man muss weder religiös sein noch Religionen mögen, um ihre friedens-

politischen Beiträge und Potenziale anzuerkennen. Wer also könnte wie die Religionen Gehör finden, wenn diese ihre Stimme für Menschenwürde und globale Gerechtigkeit, für mehr Differenziertheit und gegen irrationale Ängste und Vorurteile erheben? Die Religionsgemeinschaften haben Einfluss, sie werden von vielen Menschen gehört, sie geben Orientierung und genießen Vertrauen, gelten als engagierte und »ehrliche Makler«. Das ist Chance und Verantwortung zugleich. An ihnen liegt es, die globalen Zusammenhänge zwischen wirtschaftlichem Wohlstand und Ausbeutung, weltpolitischem Machtgefüge, Krieg und Flucht aufzuzeigen. Sie können eine allein auf nationale Wohlfahrt und Sicherheit konzentrierte Außen- oder Sicherheitspolitik hinterfragen und eine nichtmilitärische Friedens- und Präventionspolitik einfordern. In diesem Sinne können Religionsgemeinschaften in der Tradition der alttestamentarischen Propheten eine Wächterfunktion übernehmen, die allerdings ihre Glaubwürdigkeit alleine daraus gewinnt, dass diejenigen, die ihre Stimme erheben, mit gutem Beispiel vorangehen.

»Man muss weder religiös sein noch RELIGIONEN mögen,
um ihre *friedenspolitischen* Beiträge
und Potenziale anzuerkennen.«



Das »gute Beispiel« gilt auf zwei Ebenen: Die Religionsgemeinschaften müssen sich *politischen* Akteuren als kompetente Kooperationspartner anbieten und von diesen einbezogen werden. Religiöse Akteure der Friedens- oder Entwicklungsarbeit bringen eine Fülle von Fähigkeiten und Erfahrungen mit, die sich hervorragend mit den Möglichkeiten politischer Akteure (und nichtreligiöser Nichtregierungsorganisationen) verbinden. Diese Kompetenzen und Potenziale müssen die Religionsgemeinschaften stärken – und aktiv kooperieren. Hierfür mag das erwähnte BMZ-Programm »Religionen als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit« als Vorbild dienen; ohne solche Partnerschaften, auch auf den Gebieten der Konflikt-

bearbeitung oder des Klimaschutzes, werden die (zunehmenden) globalen wie auch innergesellschaftlichen Herausforderungen und Bedrohungen nicht zu bewältigen sein.

Auf der zweiten Ebene aber sind die Religionsgemeinschaften zur »good practice« in ihrem unmittelbaren Handlungsbereich, d.h. im interkonfessionellen und interreligiösen Austausch, verpflichtet: in friedlicher Koexistenz wie fruchtbarer Kooperation, zwischen hochrangigen Geistlichen oder Gelehrten wie auch im Alltag, im Dorf, von Mensch zu Mensch. Das ist die Basis der Kompetenz und Glaubwürdigkeit religiöser Akteure. Wie könnten sie politischen Akteuren Ratschläge erteilen, wie Probleme zu lösen und Konflikte konstruktiv beizulegen sind, wenn ihnen das im Umgang untereinander nicht gelingt, nicht innerhalb und nicht zwischen Religionen bzw. Konfessionen? Um eine konstruktive Rolle im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft einzunehmen, müssen sich die Religionsgemeinschaften daher noch viel mehr im Spannungsfeld zwischen den Religionen und Konfessionen engagieren und bewähren. Dies beginnt überall dort, wo zwei oder drei im Namen unterschiedlicher Bekenntnisse versammelt sind.

Literatur



- Albright, Madeleine (2006): „Dialog statt Kreuzzug“. *Die Zeit* 3.8.2006.
- Appleby, R. Scott (2000): *Ambivalence of the Sacred: Religion, Violence and Reconciliation*. Rowman & Littlefield Publishers: Lanham (Mass.).
- Basedau, Matthias, Körner, Peter (2009): *Zur ambivalenten Rolle von Religion in afrikanischen Gewaltkonflikten*. DSF: Osnabrück und Hamburg.
- Beck, Ulrich (2007): „Gott ist gefährlich“. *Die Zeit* 19.12.2007.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016a): *Transformation Index 2016. Political Management in International Comparison*. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016b): *Transformation Index 2016 – Executive Summary: Politische und soziale Spannungen nehmen weltweit zu*. Verlag Bertelsmann Stiftung: Gütersloh.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ (Hrsg.) (2016a): *Religionen als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit*. Bonn und Berlin.
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung BMZ (2016b): „Gemeinsam mehr erreichen“. Pressemitteilung 17.2.2016. www.bmz.de/20160217-1 (Download 20.3.2016).
- Enns, Fernando, Weiße, Wolfram (Hrsg.) (2016): *Gewaltfreiheit und Gewalt in den Religionen. Politische und theologische Herausforderungen*. Waxmann: Münster.
- Frühbauer, Johannes J. (2016): *Selbstmordattentate als Widerstand und Martyrium*. Nomos: Baden-Baden.

- Gerster, Petra, Gleich, Michael (Hrsg.) (2005): *Die Friedensmacher*. Hanser: München.
- Hasenclever, Andreas (2015): „Den Himmel trifft keine Schuld. Halbierete Religion als Eskalations- und Gewaltursache“. *Christliche Friedensethik vor den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts*. Hrsg. Veronika Bock et al. Aschendorff: Münster. 87–111.
- Hasenclever, Andreas (2008): „Merkmale gewaltresistenter Glaubensgemeinschaften. Überlegungen zum Schutz religiöser Überlieferung vor politischer Vereinnahmung“. *Friedensstiftende Religionen? Religion und die Deeskalation politischer Konflikte*. Hrsg. Manfred Brocker, Mathias Hildebrandt. VS: Wiesbaden. 179–201.
- Huntington, Samuel P. (1993): „The Clash of Civilizations“. *Foreign Affairs* 72/3 1993. 22–49.
- Juergensmeyer, Mark (2009): *Die Globalisierung religiöser Gewalt. Von christlichen Milizen bis al-Qaida*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Kennedy, Robert F. jun. (2016): „Die Geister, die wir riefen“. *Publik-Forum* 7/2016. 16–17.
- Kippenberg, Hans G. (2008): *Gewalt als Gottesdienst. Religionskriege im Zeitalter der Globalisierung*. C.H. Beck: München.
- Küng, Hans (2010): *Projekt Weltethos*. Neuauflage. Piper: München.
- McEwan, Ian (2006): „Ich habe einen Traum“. *Die Zeit* 27.7.2006.
- Meyer, Thomas (2007): *Religion und Politik. Ein neu belebtes Spannungsfeld*. Friedrich-Ebert-Stiftung: Berlin.
- Riesebrodt, Martin (2001): *Die Rückkehr der Religionen. Fundamentalismus und der „Kampf der Kulturen“*. 2. Auflage. Beck: München.
- Rittberger, Volker, Hasenclever, Andreas (2005): „Religionen in Konflikten – Religiöser Glaube als Quelle von Gewalt und Frieden“. *Religion und Politik im Zeichen von Krieg und Versöhnung*. Hrsg. Manfred Zimmer. Internationale Erich-Fromm- Gesellschaft: Tübingen. 136–156.
- Steinmeier, Frank-Walter (2015): „*Stell Dir vor, es ist Krieg ...*“ – Rede von Außenminister Frank-Walter Steinmeier bei der Arbeitsgemeinschaft für Friedens- und Konfliktforschung“. 19.3.2015. www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Reden/2015/150319_Steinmeier_Arbeitsgemeinschaft_Frieden.html

(Download 21.3.2016).

- Weingardt, Markus A. (2010): *Religion Macht Frieden. Das Friedenspotenzial von Religionen in politischen Gewaltkonflikten*. Bundeszentrale für politische Bildung: Bonn.
- Weingardt, Markus A. (2014): *Was Frieden schafft. Religiöse Konfliktbearbeitung: Akteure, Beispiele, Methoden*. Gütersloher Verlagshaus: Gütersloh.
- Weingardt, Markus A. (Hrsg.) (2015): *Warum schlägst du mich? Gewaltlose Konfliktbearbeitung in der Bibel: Impulse und Ermutigung*. Gütersloher Verlagshaus: Gütersloh.
- Werkner, Ines-Jacqueline, Hidalgo, Oliver (Hrsg.) (2014): *Religionen – Global Player in der internationalen Politik?* Springer VS: Wiesbaden.
- Werkner, Ines-Jacqueline (Hrsg.) (2016): *Religion in der Friedens- und Konfliktforschung. Interdisziplinäre Zugänge zu einem multidimensionalen Begriff*. Nomos: Baden-Baden.

Weitere Quellen

Akademie der Weltreligionen der Universität Hamburg:

www.awr.uni-hamburg.de/

Berghof Foundation:

www.berghof-foundation.org

Initiative Weltethos Österreich:

www.weltethos.at/

Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung:

www.aspr.friedensburg.at/

Peace Counts:

www.peace-counts.org

Religions for Peace:

www.religionsforpeace.org

Stiftung Weltethos:

www.weltethos.org

Der Autor



Dr. Markus A. Weingardt: Politik- und Verwaltungswissenschaftler, Friedensforscher mit dem Schwerpunkt Religion bei der Stiftung Weltethos (Tübingen), Coach und Mediator. Mitbegründer des Forschungsverbundes Religion und Konflikt. Zahlreiche Veröffentlichungen, Herausgeber der Schriftenreihe Religion – Konflikt – Frieden (Nomos-Verlag). Gutachter- und Beratungstätigkeit für Wissenschaft, Politik und Religionsgemeinschaften.

Executive Summary



Das zunehmende Auftreten religiöser Gewaltakteure hat im Wesentlichen zwei Ursachen: Zum einen können Überlieferungen religiöser Schriften bis heute so interpretiert werden, dass sie Gewalthandeln legitimieren. Konfliktführer nutzen dies insbesondere dazu, Interessen gezielt in Wertekonflikte zu transformieren und damit die eigenen Erfolgchancen zu steigern.

Zum anderen spielen hierbei Defizite politischer Regime bei der Problem- und Konfliktlösung eine Rolle. Dies ist vor allem im Modernisierungskonflikten zu beobachten, durch die ein Macht- und Wertevakuum entsteht, das religiöse Akteure versuchen zu füllen.

Doch ebenso wie religiöse Akteure zur Verschärfung von Konflikten beitragen können, haben sie das Potenzial zu entschärfen und zu deeskalieren. Das belegen zahlreiche Beispiele in Geschichte und Gegenwart, auf internationaler wie nationaler Ebene, in Kriegen, Bürgerkriegen und im Widerstand gegen repressive Regime. Religiöse Akteure verfügen über Erfahrungen, Kompetenzen und Erfolge in gewaltloser, konstruktiver Konfliktbearbeitung. Vor allem genießen sie häufig einen Vertrauensvorsprung, der säkularen Friedensakteuren vielfach verschlossen bleibt. Dieses spezifische religiöse Friedenspotenzial gilt es zu stärken und auszubauen.

Dazu bedarf es erstens einer Versachlichung und Differenzierung des Diskurses über die Bedeutung von Religionen im Kontext von Konflikt und Gewalt. Es dient weder dem Frieden noch der gesellschaftlichen Integration, wenn Religionen wirklichkeitsfern als bedrohlich wirkende, homogene Mächte dargestellt werden; wenn kul-

turelle und religiöse Einflüsse (zulasten der Religion) vermischt werden; wenn sich die Berichterstattung einseitig und verzerrend auf religiös geprägtes Gewalthandeln konzentriert; wenn bei der Bewertung von Religionen oder religiösen Überlieferungen zweierlei Maß angelegt wird.

Zweitens sind maßgebliche gesellschaftliche und politische Akteure gefordert, religiöse Friedenskräfte zu stärken. *Politische* Verantwortungsträger sind aufgerufen, religiöse Friedenskräfte zu identifizieren und in Friedensprozesse kritisch-kooperativ einzubeziehen. Die Verantwortung von *Medien*, »to inform and to enlighten«, muss auch das Frieden fördernde Handeln religiöser Kräfte einbeziehen. Ebenso muss in *Wissenschaft und Bildung* der Blick verstärkt auf die deeskalierenden und integrativen Potenziale von religiösen Akteuren gerichtet werden.

In erster Linie sind jedoch die *Religionsgemeinschaften selbst* gefordert. Sie müssen auf allen Ebenen engagiert den ihnen innewohnenden Gewaltpotenzialen entgegenwirken und zugleich ihre Friedenskompetenzen ausbauen. Diese gilt es zu erkennen, weiter zu entwickeln und aktiv in Prozesse der Problem- und Konfliktbearbeitung einzubringen. Um ideeller und institutioneller Vereinnahmung vorzubeugen, sollten Religionsgemeinschaften zu politischen Systemen eine konstruktive Distanz wahren. Hingegen ist die interreligiöse bzw. interkonfessionelle Bildung, Verständigung und Zusammenarbeit dringend zu intensivieren.

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

Yasemin El-Menouar
Project Manager
Programm Lebendige Werte
Telefon +49 5241 81-81524
Fax +49 5241 81-681131
yasemin.el-menouar@bertelsmann-stiftung.de

www.bertelsmann-stiftung.de